

Bei uns in  
**NRW**

Ausgabe 02/2016  
www.cdu.nrw  
Einzelpreis 2,50 €

Das Magazin der  
CDU Nordrhein-Westfalen

# Vorwärtsgang für Nordrhein-Westfalen



S. 05

**Innere Sicherheit:**  
CSU-Minister zu Gast  
bei CDU NRW



S. 06

**Laschet trifft Gesamt-**  
**betriebsratsvorsitzen-**  
**den Günter Back**

# Das leisten wir für den deutschen Arbeitsmarkt

**Der BAP. Der Verband der Personaldienstleister.**

## **Brücken in Beschäftigung für**

- Arbeitsuchende, denn 52,6%\* unserer Mitarbeiter waren bis zu 1 Jahr ohne Arbeit.
- Langzeitarbeitslose und Berufseinsteiger, denn 17,9%\* der Zeitarbeitnehmer hatten mehr als 1 Jahr keinen Job oder waren noch nie beschäftigt.
- Geringqualifizierte, denn mindestens 22,7%\* der Zeitarbeitskräfte haben keinen Berufsabschluss.
- Ausländische Mitbürger, denn 23,4%\* unserer Mitarbeiter sind keine deutschen Staatsangehörigen.

\*Zahlen der Bundesagentur für Arbeit, 2016/2015



Bundesarbeitgeberverband  
der Personaldienstleister

Universitätsstraße 2-3a  
10117 Berlin  
Telefon 030 206098-0  
Fax 030 206098-70  
info@personaldienstleister.de  
www.personaldienstleister.de





Liebe Leserinnen und Leser,

als vor wenigen Tagen das Statistische Landesamt mitteilte, dass trotz der guten Konjunktur, trotz bundesweiten Wirtschaftswachstums, trotz des bundesweit höchsten Beschäftigungsstands seit der Wiedervereinigung in unserem Land Nordrhein-Westfalen Nullwachstum vermeldet wird, hat mich das zutiefst geschockt. Unser Land, einst Motor des deutschen Wachstums, jetzt 16. von 16 Bundesländern. Schlusslicht. Rote Laterne in Deutschland, schlechter als Mecklenburg-Vorpommern oder Sachsen-Anhalt, als das Saarland und als Niedersachsen. Einfach Letzter. In jedem Bundesligaverein würde der Trainer unverzüglich ausgewechselt.

Was mich stört, ist die Gleichgültigkeit der rotgrünen Regierung. Sie macht die Lage in Russland und Brasilien, in Indien und China dafür verantwortlich, nur bei sich selbst sieht sie keinen Veränderungsbedarf.

Uns kann das nicht ruhen lassen. Für den 9. Juni habe ich die Spitzen der nordrhein-westfälischen Wirtschaft zu einem Schlusslicht-Gipfel eingeladen, um parteiübergreifend zu besprechen, was jetzt zu tun ist.

Nordrhein-Westfalen ist ein vielfältiges und starkes Land mit fleißigen und klugen Menschen, einer starken In-

dustrie und einem innovativen Mittelstand, einer dichten Hochschul- und Forschungslandschaft: ein Land also voller Potenziale und Chancen. Doch die Menschen können sich nicht entfalten, ihre Ideen nicht verwirklichen. Potenziale bleiben ungenutzt und Chancen verstreichen, weil den Menschen und Unternehmen durch immer neue Regeln, Vorschriften und Bürokratie Steine in den Weg gelegt werden, anstatt dass ihnen der Weg bereitet wird. Das wollen wir ändern. Wir wollen einen Richtungswechsel in Nordrhein-Westfalen. Wir wollen unser Land wieder nach vorne bringen.

In den vor uns liegenden 47 Wochen bis zur Landtagswahl am 14. Mai 2017 werden wir gemeinsam auf dieses Ziel hinarbeiten und die Menschen in Nordrhein-Westfalen für einen neuen Aufbruch begeistern. Ich lade Sie herzlich ein, machen Sie mit, lassen Sie uns gemeinsam den Vorwärtsgang für Nordrhein-Westfalen einlegen.

Herzliche Grüße

# Inhalt



6



10



22



5

## Laschet trifft

6 Gesamtbetriebsratsvorsitzenden Günter Back

## Topthema

10 NRW geht vor:  
Daten, Fakten, Informationen zum  
Leitantrag „Vorwärtsgang für Nord-  
rhein-Westfalen – Unser Land hat  
Zukunft!“

## CDU in NRW

16 Neuausrichtung der Flüchtlingspolitik:  
Expertenkommission der Bosch-Stiftung  
stellt Bericht vor  
17 Mittelstand für offene Grenzen in Europa

## Denkanstoß

18 Gastbeitrag von Herbert Reul MdEP zum  
Thema TTIP  
19 Vorteile durch TTIP auf den Punkt gebracht

## Im Visier

22 Verzettelt – Hannelore Kraft auf der Suche  
nach „den großen Themen“

## Rubriken

1 Editorial  
2 Impressum  
3 Meldungen  
20 12 Fragen an Eva Maria Welskop-Deffaa  
21 12 Fragen an Dr. Andreas Hollstein  
24 Schlusslicht: Löttgens Lupe

Zwischen den  
Seiten 12 und 13  
finden Sie eine  
neue Ausgabe  
„Landtag aktuell“.

Unter dieser Marke  
berichtet die CDU-  
Landtagsfraktion  
regelmäßig über ihre  
politischen Vorhaben  
und Aktivitäten.

Auf zwölf Seiten finden  
Sie Informationen über  
aktuelle Vorhaben,  
Initiativen und Anträge  
der CDU-Fraktion  
im nordrhein-west-  
fälischen Landtag.

## Impressum

**Herausgeber:**  
CDU Nordrhein-Westfalen  
Wasserstr. 6, 40213 Düsseldorf  
www.cdu.nrw

**V.i.S.d.P.:**  
Generalsekretär Bodo Löttgen

**Bild- und Textredaktion, Satz:**  
Beate Müller-van Ißem

**Autoren:**  
Stephanie Feck, Guido Hitze,  
Frederik Lehmann, Lukas Miebach,  
Beate Müller-van Ißem, Ferdinand  
Schmitz, Stephan Terhorst, Britta Weiss

**Redaktionsanschrift:**  
CDU Nordrhein-Westfalen  
Redaktion „Bei uns in NRW“  
Wasserstr. 6, 40213 Düsseldorf  
Tel.: 0211 13600 – 0  
Fax: 0211 13600 – 15  
E-Mail: bei-uns-in-nrw@cdu.nrw

**Layout:**  
Designbüdchen  
Inh. Patrick Dahm  
Nelkenweg 12, 42489 Wülfrath  
Tel.: 0160 94741537  
info@designbuedchen.com  
www.designbuedchen.com

Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos oder Illustrationen übernimmt der Verlag keine Haftung. Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.  
Titelbild: Rheinbrücke Emmerich, shutterstock.com

Festakt des Bundes der Vertriebenen zu  
70 Jahren Nordrhein-Westfalen

## „Heimatvertriebene und Spätaussiedler haben wesentlich zum Aufbau Nordrhein-Westfalens beigetragen“

Mit einem Festakt hat der nordrhein-westfälische Landesverband des Bundes der Vertriebenen (BdV) im April in Düsseldorf an die Gründung des Landes Nordrhein-Westfalen vor 70 Jahren erinnert. Im Mittelpunkt stand der große Anteil der rund 1,3 Millionen Heimatvertriebenen und 620.000 Spätaussiedler, die ab Ende der 1970er Jahre in Nordrhein-Westfalen ihre Heimat gefunden haben, am Aufbau und Wohlstand des Landes. In seinem Grußwort betonte der CDU-Landesvorsitzende Armin Laschet: „Ihr großer Fleiß, der unbedingte Wille, Not und Entbehrungen hinter sich zu lassen, sowie die Bereitschaft, sich in die bestehende Gesellschaft zu integrieren, haben die Heimatvertriebenen und Spätaussiedler schnell zu einem integralen Bestandteil Nordrhein-Westfalens gemacht.“ Auch 70 Jahre nach der Gründung Nordrhein-Westfalens fühle sich die CDU Nordrhein-Westfalen der Kultur und Geschichte der Heimatvertriebenen und Spätaussiedler besonders verbunden. Laschet: „Wir werden auch in Zukunft die Partei der Heimatvertriebenen und Spätaussiedler bleiben und uns für ihre politischen Interessen und den Schutz ihres kulturellen Erbes einsetzen.“ ■



Gerd Ludwig Lemmer verstorben

## „Ein leidenschaftlicher Vertreter Nordrhein-Westfalens“



„Gerd Ludwig Lemmers Engagement und Interesse galten immer Nordrhein-Westfalen. Noch vor wenigen Monaten hat er mich im Landtag besucht. Er war ein leidenschaftlicher Politiker, der für ein starkes Nordrhein-Westfalen unter den deutschen Ländern und in Europa eingetreten ist. Das hat mich tief beeindruckt“, erinnert der CDU-Landesvorsitzende Armin Laschet in seiner Ansprache bei der Beisetzung des früheren Staatsministers und Remscheider Oberbürgermeisters Gerd Ludwig Lemmer.

1925 in Remscheid geboren, begann er seine politische Karriere im Kommunalen: 1961 wurde er Oberbürgermeister seiner bergischen Heimatstadt. Von 1958 bis 1975 vertrat er die Interessen Remscheids im Landtag. Im Kabinett Meyers war Lemmer ab 1962 als jüngster Minister für Bundesangelegenheiten zuständig. Später war er Staatssekretär im Bundesvertriebenenministerium und anschließend im Bundespostministerium. 1979 gehörte er zu den ersten CDU-Abgeordneten im erstmals direkt gewählten Europäischen Parlament.

Mit Gerd Ludwig Lemmer ist der letzte Minister der Regierung Meyers verstorben. Die CDU Nordrhein-Westfalen wird ihm das wohlverdiente ehrende Andenken bewahren. ■

Mit Gerd Ludwig Lemmer ist der letzte Minister der Regierung Meyers verstorben. Die CDU Nordrhein-Westfalen wird ihm das wohlverdiente ehrende Andenken bewahren. ■

ANZEIGE



## ONLINE VOLL DURCHSTARTEN!

Bereiten Sie Ihren digitalen Wahlkampf optimal vor – mit einer Homepage, die leicht zu verwalten und mittels modernster Technologie für alle Endgeräte geeignet ist.

Jetzt mehr erfahren auf:

[DESIGNBUEDCHEN.COM/CDUKANDIDAT](https://designbuedchen.com/cdukandidat)

DB

Zwei 16-Jährige „Schüler im Chefsessel“

### Generalsekretär(in) für einen Tag

Teilnahme an der Fraktionssitzung, Leitung von Teambesprechungen, studieren der Presseschau, als Interview-Partner vor der Kamera: Die 16-jährigen Schüler Finn und Hannah waren im April jeweils für einen Tag „Schüler im Chefsessel“ in der CDU-Landesgeschäftsstelle in der Düsseldorfer Wasserstraße.

Während Finn sich ein bisschen wunderte, dass der Generalsekretär der CDU Nordrhein-Westfalen nicht in einem größeren Bürogebäude mit mehr Mitarbeitern arbeitet, war es für Hannah interessant, wie viele unterschiedliche Berufe in der Wasserstraße ausgeübt werden. Für Generalsekretär Bodo Löttgen war es schon das zweite Mal, dass „sein Chefsessel“ von Schülern übernommen wurde: „Wir werden das Projekt der JUNGEN UNTERNEHMER auch in Zukunft gerne weiter unterstützen,

damit junge Menschen einen Eindruck bekommen können von einem Arbeitsalltag eines Unternehmens. Leider wird in unseren Schulen das Thema Unternehmertum meist genauso vernachlässigt wie die Vermittlung allgemeiner wirtschaftlicher Zusammenhänge.“

Das Projekt „Schüler im Chefsessel“ der JUNGEN UNTERNEHMER findet als Wettbewerb unter Schülern ab 15 Jahren von Realschulen, Gymnasien, Gesamtschulen oder Berufsfachschulen statt. Diese begleiten einen Unternehmer einen Tag lang in seiner Firma: Sie lernen den Betrieb und dessen Mitarbeiter kennen, nehmen an Beratungen und Kundengesprächen teil. Über ihren Praxistag schreiben die Schüler Aufsätze, die besten Erfahrungsberichte werden mit einer Reise nach Berlin prämiert. ■



*Im Video berichten Hannah und Finn, wie der Tag im Chefsessel ihnen gefallen hat, was sie sich anders vorgestellt haben, und ob der Chefsessel auch in Zukunft etwas für sie wäre.*

Zu den Videos: [www.goo.gl/uZmN3q](http://www.goo.gl/uZmN3q)



Festakt in Arnsberg

### 70 Jahre Neheim-Hüstener Programm



Im Karolinenhospital in Hüsten wurden im Februar und März 1946 die programmatischen Grundlagen der Christlich-Demokratischen Union gelegt – mit dem Neheim-Hüstener Programm.

Damals tagte dort der Zonenausschuss der CDU in der britischen Besatzungszone, mit dabei natürlich auch Konrad Adenauer, der zahlreiche eigene Vorschläge einbrachte.

Der CDU-Ortsverband Hüsten erinnerte im April mit einem Festakt mit 300 Gästen an das 70. Jubiläum dieses ersten Grundsatzprogrammes, Gastredner war der CDU-Landesvorsitzende Armin Laschet.

In seiner Rede stellte er das christliche Menschenbild in den Mittelpunkt: „Wir müssen es in der politischen Auseinandersetzung offensiv vertreten.“ Daneben seien die Soziale Marktwirtschaft, die Familie als Keimzelle der Gesellschaft und die Einbindung in Europa damals wie im 2015 verabschiedeten „Nordrhein-Westfalen-Programm“ Grundausrichtung der Union, so Laschet. ■

## 4. Mandatsträgerkonferenz in Hamm

Alle Fotos: Sondermann

Am 15. und 16. April haben sich die Parlamentarier der CDU Nordrhein-Westfalen zur 4. Mandatsträgerkonferenz getroffen. In diesem Jahr hat der traditionelle Gedankenaustausch der Landtags-, Bundestags- und Europaabgeordneten in Hamm stattgefunden. 139 Parlamentarier waren da und haben das Treffen genutzt, sich auszutauschen, zu diskutieren und neue Ansätze zu besprechen. Anregungen dazu kamen auch von den Gästen.

### Tag 1

**[17.30 Uhr]** Der bayerische Staatsminister des Innern, Bau und Verkehr, Joachim Herrmann, spricht zu den Themen Innere Sicherheit und Verkehrspolitik im Vergleich zwischen Bayern und Nordrhein-Westfalen. Es geht unter anderem um die sogenannte Schleierfahndung, die in Bayern sehr erfolgreich und in Nordrhein-Westfalen bisher gar nicht angewandt wird.



**[19.00 Uhr]** Ulrich Grillo, Präsident der Bundesverbands der Deutschen Industrie, spricht über das Thema Wirtschaft, speziell über Nordrhein-Westfalen als Industrieland und das Freihandelsabkommen TTIP. Es geht für ihn darum, „Globalisierung zu gestalten und das nicht anderen zu überlassen.“



Herbert Reul, Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, gibt Denkanstöße zum Thema Wirtschafts- und Industriestandort Nordrhein-Westfalen im europäischen Zusammenhang. Seine klare Ansage zur Wettbewerbsfähigkeit: „Nicht weiter regulieren. Die Kosten nicht weiter hochtreiben.“

### Tag 2

**[9.15 Uhr]** Den zweiten Tag eröffnet Gastgeber Thomas Hunsteger-Petermann, der Oberbürgermeister von Hamm. Er berichtet von verschiedensten Themen aus dem Kommunalen. Zum Thema Inklusion findet er klare Worte: „So wie es jetzt ist, geht es gar nicht.“

**[10.00 Uhr]** „Wir wollen nicht Sechzehnter von sechzehn Bundesländern sein!“ Mit diesem Satz spricht Armin Laschet allen 139 Parlamentariern hier in Hamm aus der Seele. Der Landes- und Fraktionsvorsitzende der CDU Nordrhein-Westfalen redet über „0 % Wirtschaftswachstum“ in NRW und darüber, dass Nordrhein-Westfalen in vielen Bereichen Schlusslicht unter den Bundesländern ist.

**[10.30 Uhr]** Statistiken zu den vergangenen Landtagswahlen und was man aus den Zahlen lernen kann, präsentiert der Geschäftsführer von infratest dimap, Reinhard Schlinkert, zum Abschluss der Veranstaltung.

**[12.00 Uhr]** Das Gruppenfoto ist im Kasten. Generalsekretär Bodo Löttgen ist zufrieden und plant schon die fünfte Ausgabe der Mandatsträgerkonferenz. ■





*Laschet trifft...*

# **...Gesamtbetriebsrats- vorsitzenden Günter Back**

Seit 2012 ist Günter Back Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats der ThyssenKrupp Steel und vertritt die Interessen von 18.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Konzerns in Nordrhein-Westfalen. Armin Laschet hat ihn

in seinem Büro in Duisburg – dem größten Stahlstandort Europas – getroffen und mit ihm erörtert, wie man der aktuellen Stahlkrise begegnen kann.

**Duisburg ist der modernste und umweltfreundlichste Stahlstandort in ganz Europa und dennoch steckt die heimische Stahlindustrie in einer tiefen Krise. Woran liegt das?**

Die Stahlindustrie steht zurzeit vor drei großen Problemen. Das erste Problem ist chinesischer Stahl, der zu Dumpingpreisen auf den europäischen Markt gebracht wird. Dies hat sich verschärft, seitdem die USA als Absatzmarkt für chinesischen Stahl weggebrochen sind.

**Wieso findet der chinesische Stahl in den USA keinen Absatz?**

Die USA haben kurzfristig hohe Zölle gegen chinesischen Dumpingstahl erhoben. Dies ist ein effektiver Schutz für die amerikanische Stahlindustrie. In Europa hat es 15 Monate gedauert, bis minimale Zölle erhoben wurden und es wird weiter geprüft und diskutiert. Die Kollegen verstehen nicht, wieso die europäischen Schutzmechanismen so lange brauchen und dann so wenig bringen.

**Betrifft das alle Stahlstandorte in Europa?**

Das Problem betrifft die gesamte europäische Stahlindustrie. Genauso wie das zweite Problem, vor dem wir stehen, die geplante Verschärfung des europäischen CO<sub>2</sub>-Zertifikatehandels. Dabei wird ignoriert, welchen Weg die heimische Stahlindustrie in den zurückliegenden Jahren gegangen ist. Sie ist so sauber und umweltfreundlich geworden, dass es technisch unmöglich ist, eine weitere CO<sub>2</sub>-Reduktion zu erreichen.

**Das liegt daran, dass beim chemischen Prozess der Stahlerzeugung immer CO<sub>2</sub> freigesetzt wird. Das lässt sich schlicht und einfach nicht ändern, oder?**

Ganz genau! Zunächst wird in einem Verbrennungsprozess aus Eisenerz unter Zugabe von Koks Roheisen produziert, das dann zu Stahl weiterverarbeitet wird. Dieser Prozess funktioniert nicht, ohne dass CO<sub>2</sub> freigesetzt wird. Diese Gase werden aber dann als sogenannte Kuppelgase aufgefangen und zur Energieerzeugung oder für andere Prozesse im Hüttenwerk verwendet. Dadurch brauchen wir keine Energie von außen hinzukaufen.

**Damit kommen wir zum dritten Problem der Stahlindustrie, der Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG), die auch Eigenstromproduktion in die Umlage einbezieht.**

Richtig. Das Problem kommt im nächsten Jahr auf uns zu und wir verstehen nicht, weshalb wir auf unseren selbst produzierten Strom die EEG-Umlage zahlen sollen. Schließlich fangen wir

ohnehin anfallende Abgase der Stahlproduktion auf und nutzen sie zur Energieerzeugung. Damit schonen wir die Umwelt und entlasten die öffentliche Infrastruktur. Man bräuhete ja sonst zusätzliche Kraftwerke, Überlandleitungen, etc.

**Die EEG-Umlage für eigenproduzierten Strom soll verhindern, dass sich immer mehr Unternehmen aus dem EEG verabschieden und so die Belastungen für die Verbraucher weiter zunehmen. Aber bei der Stahlproduktion ist es wirklich unsinnig. Der Irrsinn ist ja, dass man bei uns durch Auflagen versucht, Umwelt- und Klimaschutz zu verbessern. Aber am Ende führt das dazu, dass Stahl aus China importiert wird, der dort unter viel schlechteren Bedingungen produziert wird.**

So ist es! Bei uns werden bei der Produktion einer Tonne Stahl etwa eineinhalb Tonnen CO<sub>2</sub> freigesetzt, in China zwei Tonnen CO<sub>2</sub>. Zurzeit werden 500.000 t chinesischer Stahl im Monat nach Europa importiert. Das bedeutet aufs Jahr hoch gerechnet 3 Mio. t zusätzlich freigesetztes CO<sub>2</sub>.



**“ Die Stahlindustrie ist zentral für Nordrhein-Westfalen. “**

**Das heißt, wenn die europäische Stahlindustrie verschwindet, wäre das der größte Klimakiller?**

Das kann man so sagen. Zurzeit werden jährlich ca. 45 Mio. t Stahl in Deutschland produziert. Würde man diese Menge in Zukunft aus China, Indien und anderen Teilen der Welt importieren, würden jedes Jahr zusätzlich mindestens 22,5 Mio. t CO<sub>2</sub> freigesetzt.

**Was empfindet man als Arbeitnehmer, wenn man in der Vergangenheit so manches Opfer gebracht hat, um die Wettbewerbsfähigkeit der Stahlindustrie zu erhalten und nun steht alles auf der Kippe?**

Es ist schwierig. Wir haben viel getan und wir sind es gewohnt, anzupacken und Probleme offensiv anzugehen. Doch die Ursachen der aktuellen Krise können wir nicht beeinflussen. Weitere

Opfer der Belegschaft hätten keinen Effekt. Wir sind auf die Hilfe der Politik angewiesen.

” **Die CDU ist die Volkspartei und für mich persönlich auch die Arbeitnehmerpartei.** “

**Was erwarten Sie in dieser schwierigen Situation von der Landesregierung?**

Die Stahlindustrie ist zentral für Nordrhein-Westfalen. Die Landesregierung muss sich klar auf unsere Seite stellen und für uns kämpfen. Wenn die deutsche Stahlindustrie stirbt, gehen nicht nur zigtausende Arbeitsplätze in der Stahlindustrie verloren, sondern auch viele tausend Stellen in vor- und nachgelagerten Bereichen. Experten sagen zudem, dass in Zeiten von Just-in-Time-Produktion die stahlverarbeitende Industrie nach und nach ihre Produktionen dorthin verlagern würde, wo der Stahl produziert wird. Dies würde einen Verlust von bis zu drei Millionen Arbeitsplätzen in Deutschland bedeuten.

**Könnte die Landesregierung mehr tun?**

Die Landesregierung muss sich in Brüssel und Berlin für unsere Interessen einsetzen. Außerdem muss die Infrastruktur in Ordnung gebracht werden. Wir liefern 85 Prozent unseres Stahls in einen Radius von 500 km. Noch ist es ein Standortvorteil, so nah an den Kunden zu sein. Das darf nicht durch marode Straßen und Brücken gefährdet werden. Wir mussten die Schichtpläne sogar umstellen, da auf den umliegenden Straßen und Autobahnen ständig Stau ist und es vielen Kollegen so unmöglich war, rechtzeitig zum Schichtwechsel am Werk zu sein.

Und klar ist auch, wenn die Landesregierung die Industrie in Nordrhein-Westfalen insgesamt stärkt, hilft das auch der Stahlindustrie, die Ausgangspunkt vieler industrieller Wertschöpfungsketten ist, etwa dem Fahrzeug- und Maschinenbau und der Elektroindustrie.

**Zum Schluss noch eine persönliche Frage: Sie sind seit über 30 Jahren Mitglied in der CDU, das ist für einen IG Metalller schon etwas Besonderes. Warum haben Sie sich für die CDU entschieden?**

Die CDU ist die Volkspartei und für mich persönlich auch die Arbeitnehmerpartei. Alle großen Sozialgesetzgebungen, auch das Betriebsverfassungsgesetz, wurden von der CDU gemacht. Außerdem mag ich das Bestreben der CDU, einen gesellschaftlichen Konsens herzustellen und unterschiedliche Interessen und Positionen miteinander zu verbinden.

**Lieber Herr Back, vielen Dank für das Gespräch.** ■



# Vorwärtsgang für Nordrhein-Westfalen – Unser Land hat Zukunft!

Nordrhein-Westfalen ist ein lebendiges, ein starkes Land. Es galt und gilt zu Recht als „Kernland“ unserer Republik. Ein solches Land war Nordrhein-Westfalen in den ersten Jahrzehnten seines Bestehens. Doch unter sozialdemokratischer Regierungsverantwortung fiel unser Land mit der Zeit immer weiter hinter andere Bundesländer zurück. Nordrhein-West-

falen lebte Jahrzehnte lang von seiner Substanz, ohne dass in dieser Zeit in die für seine Zukunft entscheidenden Bereiche ausreichend Geist und Geld investiert worden ist.

Seit 2010 nun wird Nordrhein-Westfalen erneut unter Wert regiert. Aufgrund einer staatsfixierten, dabei ebenso



## Nordrhein-Westfalen braucht starke Schulen und Bildung!

„Wir wollen, dass jeder Mensch seine Lebenschancen frei und selbstverantwortlich wahrnehmen kann. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass alle Menschen gleiche Startchancen beispielsweise in Bildungswege und in die Arbeitswelt erhalten. Unser Ziel sind nicht gleiche Ergebnisse, sondern gleiche Chancen.“ So steht es im Grundsatzprogramm der CDU Nordrhein-Westfalen, das vor fast einem Jahr verabschiedet wurde. Die Chancengerechtigkeit, die wir damit als eines unserer erklärten Ziele festgeschrieben haben, muss für alle Mädchen und Jungen gelten. Die CDU möchte Nordrhein-Westfalen zu einem Aufsteigerland machen. Das Bildungssystem muss zu diesem Zweck vielfältig, differenziert und durchlässig sein.

Die Grundvoraussetzungen dafür sind bereits gegeben: Unser duales Ausbildungssystem nimmt beispielsweise weltweit

eine Vorbildfunktion ein. Nordrhein-Westfalen profitiert zudem von der dichtesten Hochschullandschaft Europas. Der Erfolg unserer differenzierten Form der Aus- und Weiterbildung spiegelt sich in der niedrigsten Jugendarbeitslosigkeit unter den führenden Industrienationen der Welt wider.

Und dennoch gibt es gerade jetzt und gerade in Nordrhein-Westfalen einen enormen Handlungsbedarf im Bildungsbereich. Von der frühkindlichen Bildung über Inklusion, digitale Bildung, Unterrichtsausfall, Schulleitermangel bis zu den überfüllten Hochschulen ist die gesamte Bildungskette in allen ihren Einzelgliedern massiv gestört. Mit 67 Prozent absolvieren nirgendwo in Deutschland weniger Schülerinnen und Schüler erfolgreich die Berufsschule oder Fach(ober)schule als in Nordrhein-Westfalen (Bund: 80,2 Prozent). Auf

plan- wie phantasielosen und regulierungswütigen Verschuldungspolitik bleiben die enormen Potenziale dieses Landes und seiner fleißigen, innovativen Einwohner ungenutzt. In vielen Bereichen droht daher Nordrhein-Westfalen im föderalen Wettbewerb der Bundesländer noch weiter zurückzufallen. Ob beim Wirtschaftswachstum, der Bildungsqualität, der Beschäftigungsquote, der U3-Betreuung, dem Haushaltsdefizit oder der Aufklärungsrate von Straftaten: Es gibt kaum einen Themenbereich, bei dem Nordrhein-Westfalen im Bundesländervergleich nicht am Tabellenende steht. Traurige Spitzenplätze erreicht unser Land hingegen regelmäßig in Sachen Stauaufkommen, Arbeitslosigkeit, Bildungsarmut und der steuerlichen Belastung der Bürger.

Die CDU Nordrhein-Westfalen ist nicht bereit, die Stagnation bzw. den weiteren Niedergang unseres Landes so taten- und kraftlos hinzunehmen wie die amtierende Landesregierung, die hilflos ständig nach Unterstützung von außen ruft. Wir sind überzeugt: Wir in Nordrhein-Westfalen können mehr! Wir müssen nur die vorhandenen Vorzüge, Ressourcen, Stärken und Potenziale dieses schönen, großen und großartigen Landes wiederentdecken, sie fördern und ausbauen. Dafür muss aber die Politik auch die richtigen Prioritäten setzen. Prioritäten, die sich den Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft stellen und unser Land wieder stark und sicher machen. Auf den folgenden Seiten wollen wir anhand ausgewählter Politikbereiche aufzeigen, wie die CDU unser Land wieder nach vorne bringen kann!

der anderen Seite gibt es hier im Durchschnitt die größten Schulklassen und die meisten Schüler pro Lehrer. Es wird vermutet, dass wir uns auch beim Unterrichtsausfall an der bundesweiten Spitze bewegen, nur können wir das nicht belegen, weil die Landesregierung eine Dokumentation der ausgefallenen Stunden verweigert. 700 Schulen haben keine Rektorin oder keinen Rektor. In 1.248 Fällen fehlt eine Stellvertreterin oder ein Stellvertreter. Als wollte die Landesregierung Kinder, Eltern und Lehrkörper vollends in einen rekordverdächtigen Belastungstest treiben, wurde die Inklusion, die auch für uns eine Herzensangelegenheit ist, für alle völlig unvorbereitet und ohne Strategie ruckartig eingeführt. Alle Beteiligten leiden unter dieser Gesamtsituation – neuerdings auch die Flüchtlingskinder, die dringend beschult werden müssen, um eine gerechte Chance auf Integration zu erhalten. Als wäre das nicht alles genug, sind die Hochschulen in Nordrhein-Westfalen völlig unterfinanziert und in ihren Entwicklungsmöglichkeiten extrem eingeschränkt. Die schrittweise Abschaffung der in der Regierungszeit von CDU und FDP durchgesetzten Hochschulfreiheit hemmt zusätzlich die Kooperationsfähigkeit mit der regionalen Wirtschaft.

Angesichts der massiven Missstände im Bildungsbereich besteht akuter Handlungsbedarf. Gute Bildung schafft nicht nur gleiche Lebenschancen für alle Heranwachsenden, sondern ist in unserer Gesellschaft auch der Schlüssel für den Erhalt unserer Werte und die Mehrung des Wohlstands. Konkret muss beispielsweise der Unterrichtsausfall digital und schul-scharf erfasst werden, um die Probleme, die man aus der Welt schaffen möchte, überhaupt erst analysieren zu können. An den Schulen sollten Verwaltungsassistenten die Arbeit des Lehrkörpers zu Gunsten der Unterrichtserteilung entlasten. Für die Erteilung des Fachs „Deutsch als Fremdsprache“ muss es hinsichtlich der erforderlichen Qualifikation der Lehrkräfte mehr Flexibilität geben. Schulleiterinnen und Schulleiter müs-

sen hinsichtlich ihrer Pflichtstundenzahl entlastet werden, um den Beruf attraktiver zu machen. Eine Erhöhung der Investitionspauschalen des Landes ist für die Beseitigung baulicher Mängel ebenso notwendig wie ein digitales Bildungskonzept für den Weg unserer Schulen in die Zukunft.

Deshalb setzt sich die CDU Nordrhein-Westfalen dafür ein, Bildung zu einem prioritär behandelten Kernbereich der Landespolitik zu machen. Wir wollen Kindergärten, Schulen und Hochschulen durch Flexibilisierung und zielgenaue Entlastung in den Stand versetzen, die vielfältigen Herausforderungen, denen sie sich heute und in Zukunft ausgesetzt sehen, erfolgreich bewältigen zu können. Es ist höchste Zeit, den katastrophalen Zuständen in allen Bereichen des nordrhein-westfälischen Bildungssektors endlich entschieden entgegenzutreten. ■

## AUS DER ROT-GRÜNEN SCHLUSSLICHTBILANZ

- Nordrhein-Westfalen ist Schlusslicht bei der Betreuung von Unterdreijährigen mit der niedrigsten Quote aller Bundesländer (25,8 Prozent).
- Nordrhein-Westfalen schneidet bei einem Vergleich der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft als schlechtestes westdeutsches Bildungssystem ab.
- Nordrhein-Westfalen verzeichnet die geringsten Bildungsausgaben aller Bundesländer pro Schüler (Ø 5.700 Euro).
- Nordrhein-Westfalen hat im Ländervergleich die größten Schulklassen (Ø 23,1 Schüler) und die meisten Studenten pro Dozent (Ø 27,3).

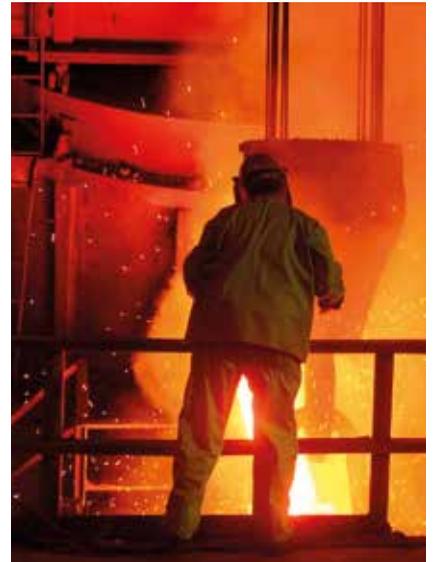
# Nordrhein-Westfalen braucht eine starke Wirtschaft!

Nordrhein-Westfalen war schon immer ein Land der Arbeit. Lange Zeit galt es als der „Motor der Bundesrepublik“. Heute ist es eher der Bremsklotz der deutschen Wirtschaft. Aufgrund seiner Größe und Einwohnerzahl sowie als Kernland der industriellen Produktion in Deutschland stellt Nordrhein-Westfalen nominell noch immer die größte Volkswirtschaft aller Bundesländer. Aber in Wahrheit fällt unser Land immer weiter zurück. Es entsteht der Eindruck, Nordrhein-Westfalen lebe nur noch von seiner Substanz. Das ist fatal. Fatal, weil von der Wirtschaft eines Landes nahezu alles abhängt: Arbeitsplätze, Finanzen, sozialer Ausgleich und demografische Strukturen. Fatal aber auch, weil so das äußere Erscheinungsbild Nordrhein-Westfalens ebenso negativ beeinflusst wird wie das Selbstbewusstsein seiner Bürger.

Dabei sind die wirtschaftlichen Probleme Nordrhein-Westfalens nicht neu. Seit fast vier Jahrzehnten kämpft das Land, mit Ausnahme der schwarz-gelben Regierungsjahre 2008 und 2009, mit einer unterdurchschnittlichen Wachstumsrate und überdurchschnittlichen Arbeitslosenzahlen. Die Gründe hierfür sind vielfältig. Der noch immer nicht bewältigte Strukturwandel gehört ebenso dazu wie die zentrale

Stellung, welche Energiewirtschaft, die Grundstoffindustrie und auch krisenanfällige Branchen wie Stahl und Automobilindustrie traditionell in unserem Land einnehmen. Aber das ist nicht die ganze Wahrheit. Mehr noch fällt ins Gewicht, dass sämtliche roten und rot-grünen Landesregierungen seit 1980 stets mit den falschen Rezepten auf die bekannten hausgemachten ökonomischen Schwierigkeiten reagiert haben. Dazu zählen der über viele Jahre verschleppte Strukturwandel im Montanbereich, gegen den regelrecht ansubventioniert worden ist, eine Überbürokratisierung und Überregulierung der Wirtschaft in Gestalt einer viel zu hohen „stillen Staatsquote“. Auch die ausgebliebene Verzahnung der vielen Universitäten und Hochschulen mit der regionalen mittelständischen Industrie und zukunftsorientierten Gründern bzw. Instituten, eine systematische Vernachlässigung des Mittelstandes generell, vor allem aber im Ruhrgebiet, ist zu beklagen. Eine dramatisch zurückgegangene Investitionsquote des Landes bzw. die stetig gesunkenen Schlüsselzuweisungen an die Kommunen infolge einer außer Kontrolle geratenen Staatsverschuldung führen

**Weiter auf Seite 13**



## LÄNDERVERGLEICH

# Nordrhein-Westfalen kann mehr

**D**ie modernen Geschäftsfassaden in Düsseldorf, die Stahlwerke im Ruhrgebiet oder die innovativen Industrien in Ostwestfalen. Überall in Nordrhein-Westfalen findet man Plätze, die wirtschaftliche Stärke und das innovative Potential dieses Bundeslandes symbolisieren. In jeder Region dieses Landes steckt die Fähigkeit, in der obersten Liga zu spielen.

Unter Wert regiert  
Doch schaut man auf aktuelle Studien und Rankings, steht Nordrhein-Westfalen schlecht da – oft sogar am Tabellenende. Während deutschlandweit und in jedem anderen Bundesland die Wirtschaft wächst, stagniert das Wachstum an Rhein und Ruhr. Die Folge: Nordrhein-Westfalen ist in vielen Bereichen Schlusslicht. Ob Kinderarmut, Lehrstellenangebot, Arbeitslosigkeit, oder Gründerförderung: Fast überall wird Nordrhein-Westfalen von allen anderen Bundesländern abgehängt.

Die Probleme sind hausgemacht. Rot-Grün hat die Chance vertan, die Potentiale unseres Landes zu wecken. Stattdessen hat die Streitkoalition immer neue Gesetze und Regelungen erfunden, die Innovationen verhindern und dem Land schaden. Das größte Problem: die Landesregierung hat schon lange keinen Kompass mehr, der die Richtung für Nordrhein-Westfalen anzeigt. Die Ideenlosigkeit der Landesregierung ist allumfassend.

Nordrhein-Westfalen kann mehr  
Umso wichtiger wird die Rolle der Opposition. Wenn die Regierung erstarrt oder sich im koalitionsinternen Streit ergeht, braucht es gute Ideen von außen. Von Schule über Infrastruktur bis hin zur Wirtschaftspolitik: Zu allen zentralen Herausforderungen hat die CDU konstruktive Vorschläge gemacht, wie Nordrhein-Westfalen wieder an die Tabellenspitze kommt. Wir sind überzeugt, dass das Tabellenende kein Naturgesetz ist, denn Nordrhein-Westfalen kann mehr.

**LANDTAG aktuell:**  
Unter dieser Marke berichtet die CDU-Landtagsfraktion regelmäßig über ihre politischen Vorhaben und Aktivitäten.

**NULLWACHSTUM**

# „Brauchen eine Willkommenskultur für Unternehmen“

**E**nde März veröffentlichten die Statistiker von IT.NRW Zahlen zum Wirtschaftswachstum im Jahr 2015. Während die Wirtschaft bundesweit um 1,7 Prozent wuchs, verzeichnete Nordrhein-Westfalen im Ländervergleich erstmals ein Nullwachstum. Wir haben den wirtschaftspolitischen Sprecher der CDU-Landtagsfraktion und Vorsitzenden des Parlamentskreises Mittelstand (PKM), Hendrik Wüst, zu einem Gespräch über Ursachen und Folgen dieser Entwicklung getroffen.

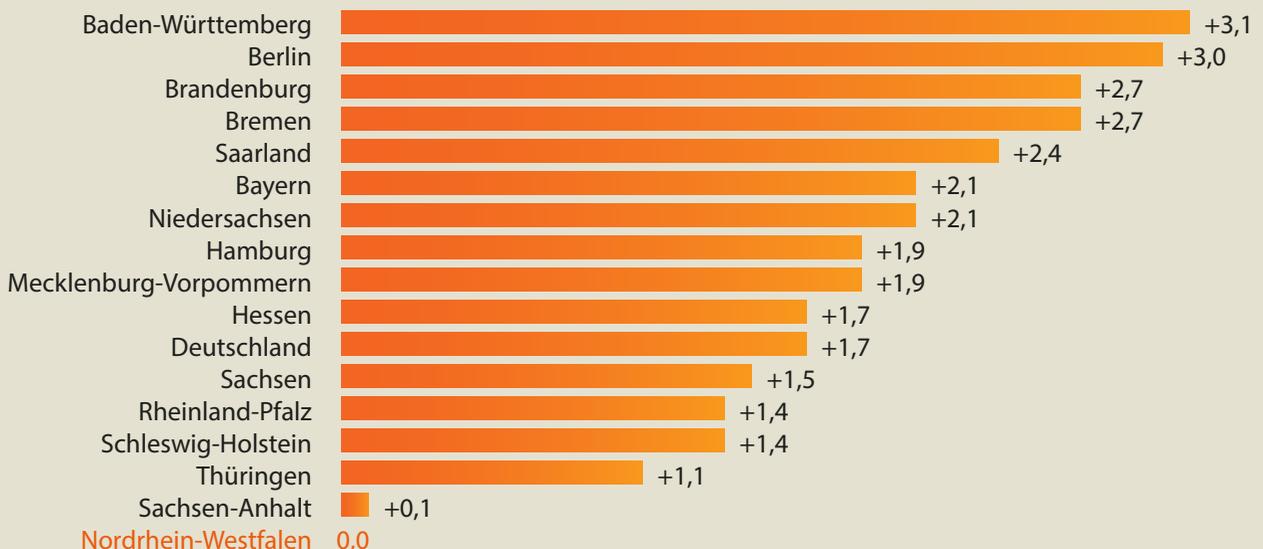
Herr Wüst, die Landesregierung sieht bei sich keine Verantwortung für das Nullwachstum. Schuld seien globale Trends und der Strukturwandel im Ruhrgebiet, aber keinesfalls Landesgesetze. Ihre Bewertung?

Wüst: Die Landesregierung tut so, als habe sie keinerlei Einfluss auf die Wirtschaftspolitik im Land. Aber das ist Unsinn. Die Landespolitik muss und kann die richtigen Rahmenbedin-

gungen für Wachstum und Investitionen setzen. Und genau hier sieht es düster aus. Fakt ist: Nordrhein-Westfalen leidet bereits seit 25 Jahren unter einer andauernden Wirtschaftsschwäche: Seit 1991 wächst die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen im Vergleich mit den übrigen westdeutschen Ländern unterdurchschnittlich. Der Wachstumsrückstand hat sich mittlerweile auf etwa 10 Prozentpunkte auf-

## BRUTTOINLANDPRODUKT NRW 2015

Veränderung\* gegen 2014 in Prozent



\*preisbereinigt, Quelle: it.nrw.de

summiert. Fakt ist auch: Nordrhein-Westfalen verliert bei ausländischen Investoren zunehmend an Attraktivität: Fast jeder Dritte ausländische Investor bezeichnete 2015 Bayern als besonders attraktiv für eine Unternehmensansiedlung. Über Nordrhein-Westfalen sagt dies nur jeder 20. Investor. Das sind dramatische Entwicklungen.

Auch die Veränderungen in der deutschen Energiewirtschaft werden von Rot-Grün angeführt, um die schlechten Zahlen in Nordrhein-Westfalen zu erklären ...

Wüst: Niemand bestreitet, dass die Energiewende die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen belastet. Ich frage mich aber: Was hat die Landesregierung in den letzten Jahren eigentlich getan, um die Interessen des Energielandes Nordrhein-Westfalen in Berlin oder Brüssel durchzusetzen? Die Wahrheit ist doch: die unüberbrückbaren Differenzen zwischen SPD und Grünen haben die Landesregierung in diesen Fragen gelähmt. Die Landesregierung sollte die Schuld nicht bei anderen suchen, sondern lieber damit beginnen, gute Rahmenbedingungen für wirtschaftliches Wachstum zu schaffen. Stattdessen aber packt Rot-Grün den Unternehmen im Land immer mehr Steine in den Rucksack: wachstumshemmender Landesentwicklungsplan, investitionsfeindliches Klimaschutzgesetz, restriktives Landesnaturschutzgesetz, bürokratisches Tariftreue- und Vergabegesetz. Hinzu kommt die deutschlandweit höchste Abgabenlast bei Grund-, Grunderwerbs- und Gewerbesteuer. Diese zusätzlichen Belastungen auf Landesebene werden von den Unternehmen als gravierende Investitionshemmnisse empfunden.

Welche Folgen hat die schlechte wirtschaftliche Entwicklung für die Menschen im Land?

Wüst: Land und Kommunen gehen durch die unterdurchschnittliche wirtschaftliche Entwicklung jährlich 3 Milliarden Euro Steuermehreinnahmen verloren. Das ist Geld, das für Bildung, Kinderbetreuung und Infrastruktur fehlt. Das Nullwachstum verbaut Jugendlichen ihre Zukunft, weil Ausbildungsplätze fehlen. Es nimmt



Hendrik Wüst im Gespräch mit Landtag aktuell

**Rot-Grün legt den Unternehmen immer mehr Steine in den Rucksack**

Langzeitarbeitslosen jegliche Perspektive auf eine neue Beschäftigung. Es ruiniert unsere Städte und Gemeinden. Und es lässt viele Kinder in Armut aufwachsen. Seit Amtsantritt der Regierung Kraft 2010 ist die Kinderarmut in keinem anderen Bundesland so stark angestiegen wie in Nordrhein-Westfalen – vom Saarland einmal abgesehen.

Was muss sich jetzt ändern?  
Wüst: Wir brauchen endlich eine Willkommenskultur für Unternehmen. Das heißt: Weg mit allen mittelstands-

feindlichen Gesetzen und mehr Einsatz für die Interessen unserer Wirtschaft im Bund und in Brüssel. Und wir müssen endlich auf neue Branchen setzen. Wir müssen beherzter als andere Länder in die Digitalisierung der Wirtschaft investieren. Der Mittelstand ist dezentral. Deshalb müssen wir schneller als alle anderen Länder für eine flächendeckende Breitbandinfrastruktur sorgen, vor allem in den Industrie- und Gewerbegebieten. Dafür müssen die Steinkohle-Subventionen der Vergangenheit in die Zukunft investiert werden und nicht in immer mehr Bürokratie. Außerdem müssen die Blockaden beim Straßenbau gelöst werden. Das Geld, das der Bund bereitstellt, muss hier auch verbaut werden. Dann klappt's auch mit dem Wachstum.

**KINDERARMUT**

# Wie Rot-Grün die Kinder in Nordrhein-Westfalen zurücklässt

**D**ie Zahlen könnten kaum dramatischer sein: Nach Studien des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, der Hans-Böckler-Stiftung und des Bremer Instituts für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe hat die Kinderarmut in Nordrhein-Westfalen seit Amtsantritt der Regierung Kraft ein trauriges Rekordniveau erreicht. In keinem anderen deutschen Bundesland, mit Ausnahme des Saarlandes, ist die Kinderarmutsquote seit 2010 so stark angewachsen wie in unserem Bundesland. Mehr als jedes vierte arme Kind Deutschlands lebt mittlerweile in Nordrhein-Westfalen – insgesamt sind es fast 700.000. Etwa jedes fünfte Kind bei uns lebt in einem Haushalt, der Hartz IV-Leistungen erhält.

Während die Kinderarmut in den neuen Ländern massiv zurückgeht, steigt sie an Rhein, Ruhr und Wupper an. In Gelsenkirchen sind fast 40 Prozent aller Kinder auf Hartz IV angewiesen. Der Präses der evangelischen Kirche im Rhein-

land nannte diese Zahlen völlig zu Recht „bedrückend“. Ausgerechnet unter Führung einer Ministerpräsidentin, deren Regierungsmotto „kein Kind zurücklassen“ ist, verzeichnet Nordrhein-Westfalen die höchste Kinderarmutsquote aller westdeutschen Flächenländer.

**Zentrales Projekt gescheitert**  
Damit ist das zentrale politische Projekt der rot-grünen Koalition und der Ministerpräsidentin gescheitert. Die Statistiken zeigen, dass weder die mit einer „präventiven Finanzpolitik“ begründeten Schulden in Milliardenhöhe noch die sozialen Modellprojekte der Regierung einen wirksamen Beitrag zur Bekämpfung der Kinderarmut geleistet haben. Im Gegenteil: die Kinderarmut in Nordrhein-Westfalen liegt heute höher als vor dem Regierungswechsel im Jahr 2010.

Die Institute sind sich einig, dass das einzige effektive Mittel gegen Kinderarmut die Schaffung von Arbeitsplätzen ist. Nur wer seinen Lebensunterhalt selbst bestreiten kann, kann auch seinen Kindern alle Chancen ermöglichen. Für uns steht schon lange fest, dass weder mit Schulden noch staatlichen Sonderprogrammen die Ursachen von Kinderarmut bekämpft werden können.

**Es braucht den wirtschaftspolitischen Kurswechsel**  
Der Schlüssel gegen Armut ist eine bessere Wirtschaftspolitik, die möglichst viele Familien in Lohn und Brot bringt. Es darf kein Dauerzustand werden, dass sich die Arbeitslosenzahlen in Nordrhein-Westfalen stetsschlechter entwickeln als im bundesdeutschen Schnitt. Rot-Grün fehlen dafür aber die Konzepte. Nordrhein-Westfalen braucht deshalb einen wirtschaftspolitischen Kurswechsel. Im Interesse des Landes – und im Interesse unserer Kinder.



**INFRASTRUKTUR**

# Wir brauchen die verkehrspolitische Kehrtwende

**N**ordrhein-Westfalen hat beim neuen Bundesverkehrswegeplan 2030 insgesamt sehr gut abgeschnitten. Der Anteil nordrhein-westfälischer Straßenprojekte an allen Projekten, die im Bundesverkehrswegeplan vorgesehen sind, steigt um 20 Prozent. Darüber hinaus wird unser wichtigstes Projekt im Schienenpersonennahverkehr, der Rhein-Ruhr-Express, mit 1,6 Milliarden Euro ganz weit oben auf der Liste geführt und kann somit in den kommenden Jahren vom Bund vollumfänglich finanziert werden. Dafür haben wir in Berlin gekämpft – bei den Koalitionsverhandlungen 2013 und in den Jahren seitdem.

Die nordrhein-westfälische Politik muss sich jetzt mit einer Stimme beim Bund dafür einsetzen, das gute Ergebnis in der Endfassung des Bundesverkehrswegeplans zu sichern und noch auszubauen. Dafür braucht es Einigkeit und Geschlossenheit – vor allem auf Regierungsebene. Die Realität sieht leider anders aus.

Die Grünen schießen quer. Verkehrsminister Groschek lobte den Bundesverkehrswegeplan als „das größte Anti-Stau-Programm“, das es jemals in Nordrhein-Westfalen gegeben hat. Die Fraktion der Grünen im nordrhein-westfälischen Landtag stellt sich hingegen quer. Für sie sei der Bundesverkehrswegeplan nicht zustimmungsfähig. Diese Ablehnung haben sie auf ihrem Landesparteitag Ende April 2016 offiziell beschlossen und damit zementiert. Lediglich auf der Straße, dort wird der Zement langsam knapp. Dieser Koalitionsstreit schadet unserem Land. Allein für Bundesfernstraßen könnten bei ausreichender Planung durch das Land 13 Milliarden Euro bis 2030 verbaut werden. Rot-Grün steht sich dabei selbst im Weg – und dem Fortschritt in unserem Land.

Seit SPD und Grüne regieren, kann Nordrhein-Westfalen wegen anhaltender Planungsver-



säumnisse nicht mehr genug Bundesgelder abrufen. Allein 2015 flossen rund 80 Millionen Euro weniger Bundesmittel für den Bundesfernstraßenbau zu uns als noch im Vorjahr. Seit 2012 haben sich die Staukilometer in unserem Bundesland verdoppelt.

## Verkehrspolitische Kehrtwende

Wir brauchen daher eine verkehrspolitische Kehrtwende. Nur so können alle Mittel im Rahmen des Bundesverkehrswegeplans nach Nordrhein-Westfalen geholt und die Staulänge reduziert werden. Denn Staus sind Gift für Umwelt und Wirtschaft in unserem Land. Die sechsjährige Untätigkeit von Rot-Grün muss ein Ende haben und Ministerpräsidentin Kraft muss den Koalitionsstreit beenden. Jetzt, wo die Milliarden des Bundes nach Nordrhein-Westfalen fließen, muss die Landesregierung handeln und nicht streiten.



**Klaus Vossemer,**  
verkehrspolitischer  
Sprecher der CDU-  
Landtagsfraktion

Die Mitglieder des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses „Silvesternacht 2015“ bei der Ortsbegehung der Kölner Domplatte.



## SILVESTERNACHT 2015

# Vertuschen, Verschleiern und der lange Weg zur Wahrheit

**D**iese Nachricht hat in der deutschen Medienlandschaft hohe Wellen geschlagen: Der nordrhein-westfälische Landtag wird auf Antrag von CDU und FDP ein Parlamentarischer Untersuchungsausschuss zur Silvesternacht 2015 einsetzen (Landtag aktuell, Ausgabe 01-2016). Zu vielen Ungereimtheiten kamen schon in den ersten Tagen und Wochen nach den Ereignissen von Köln ans Licht, die auch die Landesregierung in Bedrängnis gebracht haben. Die Frage: Wie konnte es zu den massenhaften sexuellen Übergriffen auf der Kölner Domplatte kommen? Wer trägt die Verantwortung für die augenscheinliche Überforderung der eingesetzten Polizeibeamten? Warum hat sich vor allem die Ministerpräsidentin erst Tage später zu den Vorfällen zu Wort gemeldet?

**Landesregierung  
verheddert sich in  
Widersprüchen**

Die Wagenburg ist vorgefahren. Seitdem ist viel passiert. Der Ausschuss wurde eingesetzt, Mitglieder gewählt, erste Zeugen verhört und Aktenberge mit Korrespondenzen und Beweisen gesichtet. Durch die Vorkommnisse in der Silvesternacht steht Nordrhein-

Westfalen weit über die Bundesrepublik hinaus im Fokus des öffentlichen Interesses. Während im Ausschuss vor allem die Opposition von CDU und FDP die Klärung der drängenden Fragen voran-

bringt, zündet die Landesregierung eine Nebelkerze nach der anderen – und verheddert sich dabei in Widersprüche.

Vollmundig hatten Innenminister Jäger und Ministerpräsidentin Kraft umfängliche Aufklärung zugesagt. Bei seiner Vernehmung im Ausschuss

ließ Minister Jäger jedoch jeglichen Aufklärungswillen vermissen. Mit seiner Salomitaktik gab er nur das zu, was bereits bekannt war. Wahlweise wies er die Vorwürfe zurück oder schob die Schuld auf seine Mitarbeiter und andere Behörden. Eigene Verantwortung tragen – das gehört wohl nicht zu seinem Amtsverständnis. Aber mit den Aussagen des Ministers wurde die Liste der Widersprüche nur länger.

### Zweifel am Aufklärungswillen.

Neue Rhein Zeitung vom 23.04.2016

Die Landesregierung hält nicht Wort: Entgegen der Ankündigung von Ministerpräsidentin Kraft, dem Ausschuss alle benötigten Unterlagen und Korrespondenzen zur Verfügung zu stellen, tausende Dokumentenseiten der Stadt Köln, der Polizei und des Innenministeriums liegen bisher zwar auf dem Tisch - doch die Unterlagen der Staatskanzlei offenbaren auffallend große Lücken.

### Krafts Umfeld war schon Neujahr informiert. Express-Recherche zu Sex-Übergriffen bringt Landesregierung in Erklärungsnot.

Express vom 24.04.2016

Das zauberhafte Wörtchen „Arkan“ Entgegen früherer Zusicherungen wurden die Unterlagen nicht vollständig übermittelt – das geben die Verantwortlichen sogar zu.

Der Trick: Indem jegliche Kommunikation der Ministerpräsidentin mit ihrem Büro, dem Innenminister und dem Regierungssprecher dem arkanen Bereich der Regierung hinzugerechnet wird, tauchen die wirklich interessanten Unterlagen erst gar nicht in den Aktenbergen auf. Die Regierung versucht, die Aufklärung systematisch zu verhindern.

### Sex-Mob-Verdächtige in Sozialprojekt. Ministerium wusste seit Januar Bescheid.

Bild vom 25.04.2016

### Silvester-Mob: Druck auf Staatskanzlei steigt. Unterlagen des NRW-Innenministeriums sollen belegen, dass die Landesregierung früh informiert war.

Aachener Zeitung 25.04.2016

Verteidigungsstrategie völlig ungläubwürdig Nicht nur die Abgeordneten des Untersuchungsausschusses, sondern auch die Medienvertreter werden durch diese Desinformationspolitik behindert. Nur durch mühsame Recherchen kommt die Wahrheit scheinbar ans Licht. So wurden pikante Mailwechsel öffentlich, in denen Funktionsträger der Landesregierung Medienanfragen bewusst abgewimmelt haben und damit die öffentliche Aufarbeitung verhindern wollten.

### Silvesternacht: Kraft hält Mails zurück.

Westdeutsche Allgemeine Zeitung vom 14.04.2016

Durch gezielte Auslassung und Falsch-Behauptungen versuchte das Innenministerium sogar den Adressatenkreis einer mit Ausrufezeichen versehenen „Wichtigen-Ereignis-Meldung“ der Polizei zu verschleiern. Am Tag nach den Übergriffen war in dieser Meldung schon von sexuellen Übergriffen und einer Vergewaltigung die Rede. Erst durch Medienrecherchen wurde aufgedeckt, dass diese Meldung an den engsten Personenkreis um Ministerpräsidentin Kraft geschickt worden war.

### Doch Jägers Fehler ist tatsächlich, dass ihn nach Silvester nicht die kalte Wut packte, dass er sich nicht um die Opfer kümmerte. Sondern vor allem darum, dass er selbst nicht Opfer der Ereignisse wurde.

Süddeutsche Zeitung vom 10.05.2016

Die Aufarbeitung der Vorfälle der Silvesternacht wird den Landtag noch Monate beschäftigen. Doch schon jetzt ist klar, dass der Skandal Köln nicht mit dem Neujahrstag beendet war. Die Akteure in Staatskanzlei und Innenministerium machen die Frauen in Köln zum zweiten Mal zu Opfern, indem sie Aufklärung behindern und nicht zu eigenen Fehlern stehen.



**Theo Kruse,**  
innenpolitischer  
Sprecher der Land-  
tagsfraktion



**Werner Lohn,**  
Polizeiexperte der  
CDU-Fraktion



**Gregor Golland,**  
Innenexperte der  
CDU-Fraktion



## INNENPOLITIK

# Zu wenig und zu spät

**D**ie Debatte zur Inneren Sicherheit in Nordrhein-Westfalen läuft auf Hochtouren. Spätestens seit den Übergriffen in der Silvesternacht in Köln ist ein Streit darüber entbrannt, wie Innenpolitik in diesem Land gestaltet werden muss. Die CDU-Landtagsfraktion hat dabei klare Position bezogen und konnte sich auf vielfältige parlamentarische Initiativen aus den vergangenen Jahren stützen.

Die rot-grüne Regierungskoalition steht dagegen vor dem Scherbenhaufen einer ideenlosen Innenpolitik. Showaktionen wie der Blitzermarathon können nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Ressort von Innenminister Jäger ein Problemkind der rot-grünen Landesregierung geworden ist. Statt die CDU-Vorschläge konstruktiv zu diskutieren, hat sich die Regierungskoalition lieber im parteipolitischen Klein-Klein verstrickt.

### Übernahme der CDU-Positionen

In der von CDU und FDP beantragten Sondersitzung des Landtags im Januar wollte die Ministerpräsidentin die vielen offenen Feuer austreten und stellte einen 15-Punkte-Plan zur Inneren Sicherheit vor. Bemerkenswert daran: Der Plan basiert dort, wo er substantiell ist, auf CDU-Vorschlägen, die in den vergangenen Jahren noch mit Bausch und Bogen von der Regierungskoalition abgelehnt worden waren. Innenminister Jäger hat sich dabei immer besonders hervor getan.

Doch gut gemeint ist noch nicht gut gemacht. Das hastig zusammengeschnürte Maßnahmenpaket ist bei genauerem Hinsehen nur wenig durchdacht. Das zeigt beispielsweise die unsehrige Umsetzung der Vorschläge Monate später im letzten Nachtragshaushalt. Darin wurde deutlich: Rot-Grün ist tiefzerstritten. So fährt die Koalition weiterhin einen Zickzack-Kurs bei der Videoüberwachung und kann sich nur zähneknirschend auf einen Minimalkonsens einigen. Auch die Idee, vor der Pensionierung stehende Polizeibeamte zu einer längeren Dienstzeit zu bewegen, wird in der Realität Lügen gestraft. Die CDU-Forderung zur Einstellung so genannter „Polizeiverwaltungsassistenten“ findet im Maßnahmenpaket zwar Platz – aber auch dies nur in einer abgespeckten Version.

Umdenkender Landesregierung? Nicht wirklich... Immerhin: Noch 2013 hatte Innenminister Jäger in einer Plenardebatte zum CDU-Antrag erklärt, einen solchen „Weg hin zu einer Hilfspolizei in Nordrhein-Westfalen wird es mit dieser Landesregierung auf gar keinen Fall geben.“ Ein Wortbruch? Vielleicht. Ein Umdenken? Nicht wirklich! Wie in vielen anderen Fällen beharken sich die rot-grünen Koalitionspartner gegenseitig und verhindern so mit einem wirklichen Neuanfang für mehr Sicherheit in Nordrhein-Westfalen. Die Gewährleistung der Inneren Sicherheit gehört zur Kernaufgabe des Staates und damit jeder Regierung. Rot-Grün wird dieser Aufgaben nicht gerecht.

SCHLEIERFAHNDUNG

# Erfolgsmodell bei der Kriminalitätsbekämpfung

**S**chleierfahndung – was verbirgt sich hinter diesem Begriff? Greift sie in das Persönlichkeitsrecht der Menschen ein oder ist sie ein starkes Werkzeug zur Kriminalitätsbekämpfung? Fakt ist: Nach dem Wegfall der Personenkontrollen an den EU-Binnengrenzen führte der Freistaat Bayern 1995 als erstes Bundesland die so genannten verdachts- und ereignisunabhängige Personenkontrollen ein. In der Folgezeit haben fast alle Bundesländer entsprechende Grundlagen für diese Art der Fahndung in ihren Polizeigesetzen verankert. Auch die Bundespolizei verfügt seit 1998 über eine entsprechende Ermächtigungsgrundlage, deren Anwendungsbereich im Jahr 2001 auf Betreiben der damaligen rot-grünen Regierungsmehrheit im Deutschen Bundestag sogar noch ausgeweitet wurde.

Gerade das Beispiel Bayern zeigt, welche Erfolge sich mit der Schleierfahndung erzielen lassen. Die Polizeiinspektion Rosenheim stellte erst im März diesen Jahres heraus, dass ihr mit Hilfe der Schleierfahndung viele kleine und große Fische ins Netz gegangen sind. Allein im Jahr 2014 wurden durch die bayerische Schleierfahndung rund 3.400 Rauschgiftstraftaten und 500 Eigentums- und Vermögensdelikte aufgedeckt.

Handgranaten, Kalaschnikows und Sprengstoff  
Der aufsehenerregendste Erfolg gelang den Fahndern in der Nähe von Bad Aibling. Versteckt hinter Tür- und Seitenverkleidungen eines Mittelklassewagens fanden die Fahnder 8 Kalaschnikow-Gewehre samt Munition, 3 Pistolen und Revolver, 2 Handgranaten und 200 Gramm Sprengstoff mit funktionsfähigem Zünder. Der Fahrer war mit dieser Fracht auf

dem Weg nach Paris und konnte so rechtzeitig gestoppt werden.

Während fast alle Bundesländer die Möglichkeit der Schleierfahndung in ihre Polizeigesetze aufgenommen haben, bleibt die Regierungskoalition in Nordrhein-Westfalen weiter zerstritten. Und das geht zu Lasten der Polizeiarbeit in unserem Land.

## Grundlagen schaffen

Das Land muss umgehend eine verfassungskonforme Rechtsgrundlage schaffen, um verdachts- und ereignisunabhängige Personenkontrollen in Nordrhein-Westfalen zu ermöglichen. Die Polizei muss bessere Instrumente in die Hand bekommen, um nach Kriminellen zu fahnden und Verbrechen bekämpfen zu können. Die Landesregierung hat das bisher verschlafen. Mit gravierenden Folgen: In der Silvesternacht hätten verdachtsunabhängige Kontrollen dabei helfen können, die Eskalation auf der Kölner Domplatte und anderen Orten im Land zu verhindern. Angesichts der zunehmenden Kriminalität und der Verunsicherung der Menschen ist das Nein der Landesregierung zur Schleierfahndung nicht hinnehmbar.



**SPEKTAKULÄRER FUND:** Kalaschnikows unter der Motorhaube.

Schleierfahnder aus Rosenheim kontrollieren verdächtige Autos.





**Klaus Kaiser,**  
stellvertretender  
CDU-Fraktionsvorsitzender



**Petra Vogt,**  
schulpolitische  
Sprecherin der CDU-  
Landtagsfraktion

**SCHULPOLITIK**

# Rot-grüne Ignoranz belastet unser Bildungssystem

**W**ährend die Elternvertretungen beim Thema Unterrichtsausfall mittlerweile auf die Barrikaden gehen, ist Schulministerin Silvia Löhmann weiterhin nicht bereit, die ausgefallenen Schulstunden flächendeckend und umfassend zu erheben. Stattdessen hält sie weiter an der stichprobenartigen Erhebung des Unterrichtsausfalls fest. Die Strategie: die Landesregierung will ihre Informationshoheit behalten, um die wahre Situation an den Schulen zu verschleiern.

## Dauerthema Unterrichtsausfall

Die Elternverbände schlagen zu Recht Alarm und haben der Landesregierung jetzt ein klares Ultimatum gestellt: bis zur Landtagswahl im nächsten Jahr müsse ein „ehrliches Zwischenergebnis zum Unterrichtsausfall“ vorgelegt werden. Dabei können sich die Eltern auf die Unterstützung der CDU-Fraktion verlassen. Wir halten an unserer Forderung fest, den Unterrichtsausfall an allen Schulen digital zu erfassen. Die finanziellen und technischen Möglichkeiten für eine Kompletterfassung des Unterrichtsausfalls sind gegeben. In der letztjährigen Haushaltsberatung hat die CDU-Fraktion dazu konkrete Vorschläge unterbreitet. Schulen, die noch keine digitalen Möglichkeiten zur exakten Feststellung des Unterrichtsausfalls haben, sollen hierzu mit der entsprechenden Software ausgestattet werden. Auf Seiten der Schulaufsicht soll eine Schnittstelle zur Erfassung und Auswertung der durch die Schulen gelieferten Ergebnisse eingerichtet werden. Statt NRW 4.0 zu beschwören, sollte die Ministerpräsidentin ihrer Schulministerin nahelegen, den Mausclick zur digitalen Erfassung des Unterrichtsausfalls zu wagen. Die Bevormundung

von Eltern, Schülern und Lehrern durch Nicht-Information muss ein Ende finden.

## Einheitliche Elternvertretung

Als wäre ihr Versagen bei der Bekämpfung des Unterrichtsausfalls nicht schon schlimm genug, will die Schulministerin den kritischen Elternverbänden jetzt auch noch einen Maulkorb verpassen. Per Gesetz soll eine Einheits-Elternvertretung in Nordrhein-Westfalen eingeführt werden. Der Plan, eine vereinheitlichte Elternvertretung von oben herab durchdrücken zu wollen, ist ein offener Schlag ins Gesicht aller in der Schule engagierten Eltern. Das Kalkül dahinter ist offenkundig: Nach ihrer offenen und deutlichen Kritik sollen die Elternverbände der verschiedenen Schulformen faktisch mundtot gemacht werden.

Dass die SPD dabei auch noch behauptet, derzeit würden die Schulinteressen von einigen Elternverbänden nur schlecht vertreten, ist eine krasse Verunglimpfung der ehrenamtlichen Arbeit von Tausenden Müttern und Vätern. Die Aussage, erst die einheitliche und vom Land finanzierte Stimme hätte „für die Landesregierung ein hohes Gewicht“, offenbart ein fragwürdiges Verständnis von demokratischer Teilhabe und Bürgerbeteiligung.

Wir werden gegen diese Pläne der Koalition kämpfen. Unser Land braucht auch weiterhin die kritischen Stimmen der Elternverbände – und keine Kaderideologie. Nicht die Kritiker, sondern die Gründe für die Kritik müssen abgestellt werden. Die Vielfalt im Schulsystem muss sich auch in Zukunft in der Vielfalt der Interessenvertretungen der Eltern widerspiegeln.

**Unser Land braucht auch weiterhin die kritischen Stimmen der Elternverbände – und keine Kaderideologie.**



#### Diskussion über G 8 / G 9

Denn das Schulsystem in Nordrhein-Westfalen steht unter einem erhöhten Anforderungsdruck: Die planlose und unterfinanzierte Umsetzung der Inklusion durch die Landesregierung, kein Konzept für die schulische Unterrichtung der Flüchtlingskinder und eine mangelhafte Lehrerversorgung – all das bringt Unruhe ins Schulwesen. Die Diskussion um G 8 steht dabei stellvertretend auch für eine allgemeine Unzufriedenheit mit der Schulpolitik. Frau Löhrmann ist es innerhalb von sechs Jahren nicht gelungen, die Akzeptanz von G 8 zu erhöhen und Ruhe in das Schulsystem zu bringen. Die Bedenken und Ängste der Eltern werden von der Landesregierung nicht ernst genug genommen.

In der Debatte über G 9 und G 8 ist gründlich abzuwägen zwischen dem starken und berechtigten Wunsch der Eltern nach Schulen, die in Ruhe arbeiten können, und der durch eine Rückkehr zu G 9 zwangsläufig verursachten Unruhe an jedem einzelnen Gymnasium. Neue Lehrpläne und neue Lehrbücher, aber auch der an 165 Gymnasien eingeführte Ganztagsstunden auf einmal zur Disposition. Abgesehen von diesen Problemen ist auch offen, ob die für eine Rückkehr zu G 9 benötigten zusätzlichen Gymnasiallehrerinnen und -lehrer überhaupt zur Verfügung stehen.

Klar ist aber: Wenn Eltern sich so massenhaft und deutlich artikulieren wie in den letzten Monaten, darf Politik nicht auf Durchzug schalten.

#### Stärkung der dualen Ausbildung

Ignoranz und Konzeptlosigkeit zeigte die rot-grüne Koalition kürzlich auch beim Thema duale Ausbildung. Die CDU-Fraktion hatte mit ihrem Antrag ein Konzept vorgelegt, um durch die Förderung der technischen Grundbildung in unseren Schulen die duale Ausbildung attraktiver zu machen und einen wichtigen Faktor der Wirtschaftskraft Nordrhein-Westfalens nachhaltig zu stärken. Bausteine des CDU-Konzepts sind des Weiteren die flächendeckende Einführung eines dualen Abiturs an den Berufskollegs für technisch-praktisch und pflegerisch interessierte Jugendliche und Maßnahmen für eine ausreichende Versorgung mit Lehrkräften für den Unterricht in MINT-Fächern (MINT: Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik). Die regierungstragenden Fraktionen haben das Konzept im Schulausschuss jedoch ohne nähere Begründung abgelehnt. Statt ernsthaft und fachlich die Bildungsqualität zu fördern, setzt Rot-Grün weiter nur auf Werbekampagnen zur dualen Ausbildung, wie es der Minister erst unlängst getan hat. Plakate allein werden das Land jedoch nicht voranbringen.

## ZUM SCHLUSS ...

# Koalitionsstreit macht Regierung handlungsunfähig

**S**treit scheint mittlerweile zum rot-grünen Regierungsalltag zu gehören. Als es im letzten Jahr um die Einführung einer Strafsteuer für Kohlekraftwerke ging, die unser Bundesland besonders hart getroffen hätte, demonstrierten der SPD-Verkehrsminister und die stellvertretende Ministerpräsidentin der Grünen auf unterschiedlichen Kundgebungen in Berlin zeitgleich gegeneinander. Beim Industrieprojekt newPark warfen SPD-Abgeordnete dem grünen Umweltminister wenige Monate später vor, das wichtige Vorhaben mit einer „Blutgrätsche“ sabotiert zu haben. Selbst für rot-grüne Verhältnisse haben die Streitigkeiten zwischen den „Regierungspartnern“ im Frühjahr 2016 aber ein bisher unbekanntes Ausmaß erreicht. Sei es die Zukunft der Braunkohle, der Bundesverkehrswegeplan oder die Innere Sicherheit: Bei zentralen politischen Fragen liegen SPD und Grüne über Kreuz. Landtag Aktuell dokumentiert die bemerkenswertesten Aussagen der letzten Wochen.



Forderungen nach einem Braunkohleausstieg „Siegegefährdend die Versorgungssicherheit ebenso wie Tausende von Arbeitsplätzen im rheinischen Revier. Es gibt auch keine klimapolitische Notwendigkeit für einen verfrühten Ausstieg.“  
SPD-Wirtschaftsminister Garrelt Duin, 13.04.2016

„Der Ausstieg aus der Braunkohle muss Baustein eines Koalitionsvertrages sein.“

Silvia Löhrmann, stellvertretende Ministerpräsidentin der Grünen, 22.04.2016



Bundesverkehrswegeplan 2030 „Das ist das größte Anti-Stau-Programm, das NRW je erlebt hat.“  
SPD-Verkehrsminister Michael Groschek, 16.03.2016

„Wir teilen ausdrücklich nicht die positive Einschätzung des Landesverkehrsministers.“

Arndt Klocke, verkehrspolitischer Sprecher der grünen Landtagsfraktion, 10.04.2016



Bodycams für Polizisten „Es zeichnet sich deutlich ab, dass durch Bodycams eine Deeskalation bei bestimmten Straftaten eintritt und die Aufklärung von Übergriffen wesentlich erleichtert wird.“  
Thomas Stotko, innenpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, 17.03.2016

„Auch dem Einsatz so genannter Bodycams, also kleiner Videokameras an der Polizeiausrüstung, stehen wir skeptisch gegenüber.“

Parteitagbeschluss der NRW-Grünen vom 23.04.2016



Flächendeckender Einsatz von Videokameras im Nahverkehr „Wir wollen alles dafür tun, dass sich die Fahrgäste möglichst sicher im ÖPNV bewegen können. Busse und Bahnen dürfen keiner rollenden Angsträume sein.“  
SPD-Verkehrsminister Michael Groschek, 25.04.2016

„Der flächendeckende Einsatz von Kameras, wie er Minister Groschek vorschwebt, würde bedeuten, dass alle Fahrgäste und die Beschäftigten uneingeschränkt unter Beobachtung stehen.“

Rolf Beu, Sprecher für ÖPNV und Bahnpolitik der grünen Landtagsfraktion, 27.04.2016



### IMPRESSUM:

**Herausgeber:** CDU-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf – **Vorsitzender:** Armin Laschet MdL – **Parlamentarischer Geschäftsführer:** Lutz Lienenkämper MdL – **Redaktion:** Dr. Christoph Weckenbrock und Nils Sönksen – **Fotos:** Volker Zierhut, dpa-picture-alliance, CDU-Bilddatenbank, Anke Wohlfart, NRW-CDU/Sondermann, privat – **Kontakt und Website:** www.cdu-nrw-fraktion.de

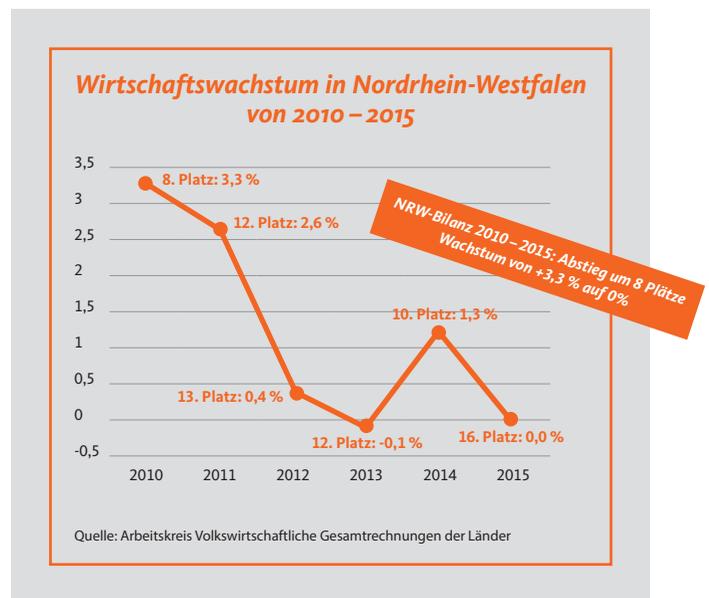
Fortsetzung von Seite 12

zum Stillstand. Wenn man sich diese Fakten betrachtet und die immer gleichen Entschuldigungen der Landesregierung hört, kommt man sich in Nordrhein-Westfalen vor wie in einer endlosen Zeitschleife. Neu ist allenfalls der Umstand, dass Nordrhein-Westfalen erstmals in seiner Geschichte dem Bundestrend nicht hinterherläuft, sondern von ihm regelrecht abgekoppelt ist. Unser Land hat es mit einer extrem gefährlichen kontrafaktischen Entwicklung zu tun, die dringend ein konzentriertes und konzertiertes Handlungskonzept sämtlicher relevanten Akteure aus Wirtschaft, Politik und Gesellschaft erfordert und nicht selbstbetrügerisches Verharmlosen und Verdrängen. Denn die anhaltende Wachstumsschwäche kostet nicht nur Arbeitsplätze und wirkt sich negativ auf die Steuereinnahmen des Landes und seine Investitionen, z. B. in die öffentliche Infrastruktur, aus, auch die Armutsquote steigt und mit ihr vor allem die Kinderarmut, was wiederum Bildungsgerechtigkeit erschwert und soziale Aufstiegschancen beeinträchtigt.

Es sind daher dringend Maßnahmen erforderlich, um den bedenklichen Abwärtstrend zu beenden und die wirtschaftlichen Kernbereiche Nordrhein-Westfalens, die Industrie und den Mittelstand, wieder zu stärken. Grundsätzlich bedeutet das, die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen weiter zu steigern. Insbesondere der digitale Wandel verändert die gesamte Wertschöpfungskette und macht vor keiner Branche halt. Diese „Wirtschaft 4.0“ ist für Nordrhein-Westfalen von wesentlicher Bedeutung und muss durch einen gezielten Breitbandausbau gefördert werden. Ebenso sollte Nordrhein-Westfalen eine effizientere Energiepolitik betreiben und seine Umweltschutzgesetzgebung nicht im Alleingang beschließen, sondern an europäischen Lösungen ausrichten. Unerlässlich ist schließlich der Abbau unnötiger, ja schädlicher Bürokratie, wie sie im Tarifreue- und Vergabegesetzes oder dem aktuellen Landesentwicklungsplan (LEP) zum Ausdruck kommen. Denn gerade hierdurch werden die mittelständischen Unternehmen in Nordrhein-Westfalen zunehmend zeitlich wie finanziell belastet und an eigenen Zukunftsinvestitionen gehindert.

Nordrhein-Westfalen muss sich wieder auf seine industriellen Kerne besinnen und zugleich öffnen für innovative Zukunftstechnologien bzw. Dienstleistungen. Die industrielle Wertschöpfung war es, die sich in der Vergangenheit in den verschiedenen ökonomischen Krisen bewährt hat. Industrie und Mittelstand sind es, die hunderttausende Arbeitsplätze im Land sichern. Nordrhein-Westfalen war immer ein Industrieland und muss es auch künftig bleiben, will es seine Probleme in den kommenden Jahren bewältigen. Schuldenbremse und „schwarze Null“ sind auf diesem Weg keine

Hindernisse, sondern wichtige Helfer, denn der Kern unserer ökonomischen Übel liegt in der jahrzehntelangen finanziellen Selbstfesselung des Staates infolge einer übermäßigen Verschuldung. Weitere Schulden aufzunehmen macht keinen Sinn; sie würden die Probleme nur aufschieben, aber nicht lösen. Denn von den 19 Milliarden Euro, welche die Regierung Kraft seit ihrem Amtsantritt 2010 an neuen Krediten aufgenommen hat, ist angesichts einer Zinsbelastung von fast 24 Milliarden Euro im gleichen Zeitraum kein einziger Euro in Kindergärten, Schulen, Universitäten, Brücken- und Straßensanierung, digitale Infrastruktur oder regionale Förderprogramme geflossen, sondern ausschließlich an Banken und private Finanzinvestoren. ■



## AUS DER ROT-GRÜNEN SCHLUSSLICHTBILANZ

- Nordrhein-Westfalen hat das niedrigste BIP-Wachstum aller Bundesländer im Jahr 2015 (0,0 Prozent) – und ist das **einzige Bundesland mit „Nullwachstum“**.
- Nordrhein-Westfalen schneidet bei der Benotung der Gründerförderung im Ländervergleich am schlechtesten ab (Note 3,9 – „ausreichend“).
- Nordrhein-Westfalen weist die höchste Quote (109 je 10.000 Unternehmen) und die höchste absolute Anzahl von Firmeninsolvenzen aller Bundesländer auf.
- Nordrhein-Westfalen verzeichnet im Vergleich aller Flächenländer die niedrigste Quote sozialversicherungspflichtig Beschäftigter (53,5 Prozent).



# Nordrhein-Westfalen braucht eine leistungsstarke Infrastruktur!

**Viele Menschen in Nordrhein-Westfalen haben heutzutage zwei immer wiederkehrende Probleme: Sie stehen im Stau oder haben keinen Zugang zum schnellen Internet!**

Je näher man einer der vielen Städte in unserem Bundesland kommt, desto besser ist dabei der Internetempfang, desto länger steht man aber auch im Stau. In die umgekehrte Richtung werden die Straßen immer freier. Je mehr man sich jedoch von den Ballungszentren entfernt, umso schlechter wird die Qualität der Internetverbindung. Wo man im Land hinblickt, gibt es Probleme mit der Infrastruktur bei Verkehr und/oder Internet. Im Leitantrag zum 38. Landesparteitag der CDU Nordrhein-Westfalen benennen wir diese Probleme und sprechen uns für schnelle und nachhaltige Gegenmaßnahmen aus.

Verkehrsstaus könnten ein Zeichen dafür sein, dass gebaut wird. Dem ist bei den 322.533 Kilometern Stau in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2015 – doppelt so viele wie im Jahr 2012 – aber leider nicht so. Straßen und Brücken in Nordrhein-Westfalen sind oftmals so marode, dass sie nur eingeschränkt befahrbar sind. Sanierung oder Neubau müssen aber noch warten. Obwohl ein riesiger Sanierungsbedarf besteht, musste Nordrhein-Westfalen dem Bund im Jahr 2013 48 Mil-

lionen Euro zurücküberweisen: Die Fördermittel konnten aufgrund fehlender Pläne im Fernstraßenbau nicht verwendet werden. So sanken die Investitionen in Nordrhein-Westfalen 2015 in diesem Bereich um 79 Millionen Euro. Obwohl die Europäische Union 1,7 Milliarden Euro für deutsche Verkehrsprojekte bereitstellte, flossen nur 90 Millionen davon nach Nordrhein-Westfalen. Schuld an diesem Fiasko ist die Landesregierung: Während vor allem im Süden Deutschlands fleißig Umgehungsstraßen um jeden Weiler gebaut werden, jammert die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen wegen der Umstrukturierungen, die CDU und FDP in ihrer Regierungszeit beim Landesbetrieb Straßenbau begonnen haben, und begründet damit die fehlenden Planungsvorhaben. Anscheinend herrscht völliges Unverständnis dafür, dass gerade die damals von der CDU-geführten Landesregierung vorgenommenen Umstrukturierungen zu einem großen Vorrat von solchen Planungsvorhaben geführt haben. In unserem Leitantrag bekräftigen wir daher, dass eine weitergehende, zeitgemäße Reform des Landesbetriebs Straßenbau ebenso notwendig ist, wie ein professionelles Management der Autobahnbaustellen. Auch, dass die rot-grüne Landesregierung glaubt, der Landesbetrieb Straßenbau müsse nicht umstrukturiert werden, macht deutlich, wie verquer ihr Blick auf unsere Infrastruktur ist.



Foto: CDU Deutschlands / Markus Schwarze

Wir plädieren zum Zweck einer größtmöglichen Abrufung aller Bundes- und EU-Mittel für die Anlage eines Planungsvorrats in einem Volumen von mindestens einer Milliarde Euro. Für den Bau und Erhalt unserer Landesstraßen soll zudem endlich gelten: „Investieren statt reparieren!“

Auch beim Breitbandausbau kommt Nordrhein-Westfalen nur schleppend voran. Gerade im ländlichen Raum ist die Lage in Wohn- und Industriegebieten oftmals fatal. Fast 60 Prozent der Privathaushalte und sogar rund 90 Prozent der 192 Gewerbegebiete außerhalb der Ballungsräume verfügen über keinen Anschluss an die schnelle Datenautobahn. Im Kreis Coesfeld haben nur 25,1 Prozent der Haushalte schnelles Internet. In Gütersloh sind es 32,2, in Kleve 36,8, in Euskirchen 38,5 und im Oberbergischen Kreis 35,3 Prozent. Egal ob Nord, Süd, Ost oder West, überall sind es die ländlichen Randregionen Nordrhein-Westfalens, die deutlich benachteiligt sind. Im Leitantrag sprechen wir uns daher beispielsweise dafür aus, dass die Mittel aus der auslaufenden Steinkohleförderung für den Breitbandausbau verwendet werden. Auch die bereits bereitgestellten Mittel, zum Beispiel aus der Versteigerung der Mobilfunkfrequenzen, müssen deutlich erhöht werden. Menschen, Firmen, Städte und Gemeinden auf dem Land brauchen

jetzt flächendeckendes, schnelles Internet. Besonders in, um und zwischen unseren Ballungszentren werden gleichzeitig massive Investitionen in die verkehrstechnische Infrastruktur benötigt. ■

## AUS DER ROT-GRÜNEN SCHLUSSLICHTBILANZ

- Nordrhein-Westfalen hat mit weitem Abstand das größte Stauaufkommen aller Bundesländer – sogar mehr als Bayern und Baden-Württemberg zusammen. Laut ADAC entfielen im vergangenen Jahr 33 Prozent aller Staumeldungen in Deutschland auf Nordrhein-Westfalen
- Nordrhein-Westfalen wird beim Breitbandausbau abgehängt: Während seit 2012 in Bayern jährlich 10 Prozent der Haushalte schnelles Internet erhalten haben, waren es in Nordrhein-Westfalen jährlich weniger als 2 Prozent.



**Expertenkommission der Robert Bosch Stiftung stellt Bericht zur Neuausrichtung der Flüchtlingspolitik vor**

## **Vom Sprint der Aufnahme zum Marathon der Integration**

Im Bild (v.r.n.l.): Kurt W. Liedtke (Kuratoriumsvorsitzender Robert Bosch Stiftung), Armin Laschet, Bundespräsident Joachim Gauck, Daniela Schadt, Uta-Micaela Dürig (Geschäftsführerin Robert Bosch Stiftung)

Foto: Lautenschläger

Hunderttausende Flüchtlinge und Asylsuchende in kürzester Zeit unterzubringen und viele von ihnen zu integrieren – diese politische und gesellschaftliche Herausforderung ist in der jüngeren deutschen Geschichte zweifellos ohne Beispiel. Vor diesem Hintergrund und weil die Flüchtlingsdebatte immer stärker von polarisierenden Positionen geprägt wird, sind heute mehr als je zuvor sachliche und konsensfähige Lösungsvorschläge für den Bereich „Asyl“ gefragt.

### **Vorstellung des Kommissionsberichts beim Bundespräsidenten im Schloss Bellevue**

Bereits im März 2015 hatte die Robert Bosch Stiftung angesichts stetig steigender Flüchtlingszahlen eine Expertenkommission zur Neuausrichtung der deutschen Flüchtlingspolitik einberufen. Die parteiübergreifende und unabhängige Expertengruppe brachte hochrangige Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zu einem offenen Ideenaustausch zusammen. Die Expertengruppe sollte einen Beitrag zur Versachlichung der Debatte leisten und den Verantwortungsträgern in Politik und Verwaltung konkrete Handlungsempfehlungen an die Hand geben. Rund ein Jahr lang arbeitete die Kommission unter der Leitung des CDU-Landesvorsitzenden Armin Laschet an Konzepten, die über den Tag hinaus tragen und zu einem neuen gesellschaftlichen Konsens in der Flüchtlingspolitik beitragen sollen. Im April wurde der umfangreiche Abschlussbericht im Rahmen einer Tagung vor 200 Experten im Schloss Bellevue vorgestellt. Bundespräsident Joachim Gauck hielt eine Grundsatzzrede, der eine Einführung in die Thematik durch den Kommissionsvorsitzenden Laschet folgte.

### **Vom Sprint zum Marathon**

Der nun vorliegende Bericht behält den gesamten „Zyklus“ des Asylsystems im Blick und macht zu den verschiedenen

Bereichen insgesamt 99 Vorschläge. Das erste Kernanliegen der Kommission: um die Akzeptanz des Asylsystems aufrecht zu erhalten und seine Funktionsfähigkeit dauerhaft zu sichern, sind zunächst weitere Reformen bei den Asylverfahren nötig. Hierzu gehören neben einer Modernisierung der elektronischen Verwaltung zwischen Bund, Ländern und Kommunen auch der Ausbau der Anreize für eine freiwillige Rückkehr und ein besser organisiertes Rückführungsmanagement.

Das zweite Kernanliegen: soll die gesellschaftliche Eingliederung der Flüchtlinge gelingen, müssen nach dem „Sprint“ der Aufnahme und Versorgung nun die richtigen Weichen für den noch vor uns liegenden integrationspolitischen Marathonlauf gestellt werden. Hierbei stehen aus Sicht der Kommission die Bereiche Bildung, Spracherwerb und Arbeitsmarkt im Vordergrund. So sprechen sich die Experten für einen stetigen Ausbau des Angebots von flächendeckenden Vorbereitungsklassen, die Öffnung der Berufsschulen auch für nicht mehr schulpflichtige Heranwachsende und einen Zugang zu Sprach- und Orientierungskursen bereits für Personen mit guter Bleibeperspektive aus. Die Integration der Asylberechtigten in den Arbeits- und Ausbildungsmarkt soll unter anderem durch die Abschaffung der noch bestehenden Vorrangprüfung erleichtert werden.

### **Integrationspolitische Erfolgsgeschichte fort-schreiben**

Alle Mitglieder der Kommission eint dabei die Überzeugung, dass die gesellschaftliche Eingliederung der Asylberechtigten gelingen kann, wenn jetzt die richtigen Maßnahmen ergriffen werden. Es wäre nach der Aufnahme der Vertriebenen nach dem Krieg, der Integration der im Zuge des Wirtschaftswunders eingewanderten Arbeiter und dem deutschen Einigungsprozess ein neues, viertes Kapitel in der integrationspolitischen Erfolgsgeschichte Deutschlands. ■

Treffen des Parlamentskreises Mittelstand Europe in Brüssel

## Mittelstand für offene Grenzen in Europa

Im Bild: Markus Ferber (CSU), Martin Wansleben (DIHK), Parlamentsvizepräsident Antonio Tajani und Markus Pieper (CDU) beim „Get Together“ des PKM Europe

„Der Mittelstand braucht Europas Freiheiten“, so lautete das Fazit beim zweiten „Get Together“ des Parlamentskreises Mittelstand Europe (PKM Europe), das im Februar 2016 in Brüssel stattfand. Mit gut 150 Gästen diskutierten der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelskammertages, Martin Wansleben, und der Vizepräsident des Europäischen Parlaments, Antonio Tajani, die Bedeutung des Schengensystems für den exportorientierten Mittelstand. Offene Grenzen würden just-in-time-Fertigungen erst ermöglichen. Derart „intelligent verknüpfte“ Produktionsketten seien ein entscheidender Stand-

ortvorteil der Europäischen Union, so Wansleben. Deswegen müsse allen EU-Staaten klar sein, dass Grenzsicherungen die Konjunkturlokomotive Deutschland ins Stottern bringen, so der Sprecher des PKM-Europe Markus Pieper. Dann würden auch die Zulieferindustrien in Ost- und Westeuropa größte Probleme bekommen. Insofern würden etwa Tschechien oder Spanien deutsche Grenzsicherungen besonders deutlich spüren. Einer fairen Verteilung von Flüchtlingen zuzustimmen und offene Grenzen innerhalb der EU zu erhalten, sei deshalb auch im Eigeninteresse der meisten EU-Staaten.

## WIR MITTELSTÄNDLER UNTERSTÜTZEN DEN EINSATZ DES PKM FÜR DEN ERHALT DER OFFENEN GRENZEN IN EUROPA:



### Hintergrund: PKM Europe der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament

In Deutschland gibt es über 3,7 Millionen kleine und mittlere Unternehmen. Sie sind der Wachstumsmotor unseres Landes. Damit der Mittelstand auch in Zukunft wettbewerbsfähig ist, muss die Politik positive Anreize schaffen und unnötige Bürokratie vermeiden. Auf Initiative der Europaabgeordneten Markus Pieper (CDU) und Markus

Ferber (CSU) hat sich deshalb im Februar 2013 eine Gruppe von 20 CDU/CSU-Abgeordneten des Europäischen Parlamentes zum Parlamentskreis Mittelstand (PKM Europe) zusammengeschlossen. Pate standen die bewährten CDU/CSU-Parlamentskreise Mittelstand (PKM) in Berlin und Düsseldorf.

Gastbeitrag von Herbert Reul

# An guten Ergebnissen für TTIP arbeiten!



Im Juni 2013 erteilten die Regierungschefs der EU-Mitgliedsstaaten der Kommission ein Mandat für Verhandlungen mit den USA über eine transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (kurz: TTIP). Dieses Mandat setzte der Kommission bereits einen Rahmen für die Verhandlungen, die sie nun stellvertretend mit den US-Unterhändlern führt. Am Ende wird der verhandelte Text dem Rat, den Parlamenten der Mitgliedsstaaten sowie dem Europäischen Parlament zur Abstimmung vorgelegt. Stimmt eine dieser Instanzen gegen den Vertrag, wird er nicht in Kraft treten. Auch daher hat die Kommission ein großes Interesse daran, einen Vertrag auszuhandeln, der die Bedenken der Mitgliedsstaaten und des EU-Parlaments soweit wie möglich ausräumt. Es ist also völlig klar: Substanz geht über Schnelligkeit.

In den bisherigen Verhandlungsrunden wurde über alle Themen zumindest einmal gesprochen. Entgegen aktueller Behauptungen von NGOs gibt es aber in vielen Bereichen noch keine konsolidierten Texte, in einigen Bereichen noch nicht einmal Textvorschläge von beiden Seiten. Es bleibt also noch sehr viel zu tun. Die Kommission will bis zum Sommer alle kleineren Hürden genommen haben, sodass im Herbst nur noch die absolut strittigen Themen auf dem Tisch liegen.

Das EU-Parlament hat der Kommission im vergangenen Juli nach schwierigen Verhandlungen einen Forderungskatalog mit an die Hand gegeben. Unstrittig war die Forderung nach Beibehaltung hoher Verbraucherschutzstandards, die Ausklammerung des gesamten Bereichs der Daseinsvorsorge aus dem Anwendungsbereich des Abkommens, sowie die uneingeschränkte Achtung der Autonomie in Regelungsfragen der europäischen und mitgliedstaatlichen Regulierungsbehörden. Ebenso hat sich das Parlament sehr deutlich für den Abbau von Zöllen, der Stärkung des Mittelstandes und der gegenseitigen Anerkennung von Berufsqualifikationen ausgesprochen.

Es gab zwei strittige Fragen, für die gute Lösungen gefunden wurden: Erstens hat sich das Parlament für die Aufnahme von

Investitionsschutzklauseln ausgesprochen und für reformierte Verfahren zur Investor-Staat-Streitbeilegung (ISDS). Die Kommission hat vor wenigen Monaten einen Vorschlag für reformierte Schiedsverfahren vorgelegt, der den Forderungen des Parlaments nachkommt und vorsieht, eine öffentliche Investitionsgerichtsbarkeit zu schaffen, Berufungsverfahren möglich zu machen sowie die Zulassungshürde für Klagen hochzuschrauben. Zweitens hat sich das Parlament für einen Hybridlistenansatz bei der Marktöffnung im Dienstleistungsbereich ausgesprochen. Das bedeutet, dass es eine Liste von Bereichen gibt, in denen die Partner ihre Märkte öffnen und keine quantitativen Einschränkungen einführen. Eine zweite Liste enthält Bereiche, in denen die Mitgliedsstaaten sich nicht weiter öffnen müssen oder in denen eine bereits getätigte Liberalisierungsmaßnahme in der Zukunft jederzeit zurückgenommen werden kann.

Heute kann man das Ergebnis der Verhandlungen noch nicht beurteilen – das geht erst, wenn alle und vor allem die strittigen Fragen geklärt sind. ■

## Herbert Reul MdEP



ist seit 2004 Mitglied des Europäischen Parlaments, seit 2012 leitet er die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament als deren Vorsitzender. Der CDU-Bezirksvorsitzende im Bergischen Land (seit 2004) war lange Jahre Mitglied im Landtag Nordrhein-Westfalen und zwölf Jahre lang Generalsekretär der NRW-CDU. Im Europäischen Parlament widmet er sich vor allen Dingen den Themen Energie, Industrie und Forschung.

# TTIP – Freihandelsabkommen mit handfesten Vorteilen

Schon heute werden für rund 2 Milliarden Euro Güter und Dienstleistungen zwischen der EU und den USA gehandelt – täglich! Die transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (nach der englischen Übersetzung kurz „TTIP“) soll diesen Handel vereinfachen und für alle günstiger machen.



## Exporte werden günstiger

Zölle und Vorschriften verteuern Lebensmittel bei der Einfuhr in die USA um 77 Prozent. Werden sie gestrichen, stärkt das die deutsche Wirtschaft. Experten erwarten einen Anstieg der jährlichen Wirtschaftskraft in der EU von bis zu einem Prozent. Das entspricht rund 120 Milliarden Euro.



## Made in Germany

Damit Deutschlands Wirtschaft auch in Zukunft brummt, braucht sie Zugang zu Märkten überall auf der Welt. Die Exporte deutscher Unternehmen in die USA können mit TTIP um 94 Prozent zunehmen. Und die Anzahl an PKW aus der EU in die USA kann sich mehr als verdoppeln – ein Segen für die mittelständischen Zuliefererbetriebe! Rund ein Drittel des deutschen Exports in die USA machen Kraftfahrzeuge oder -teile aus.



## Der Mittelstand profitiert

Wenn die bisherigen Aufschläge und bürokratischen Hindernisse beim Handel mit den USA kleiner werden, ist das vor allem für kleine und mittlere Unternehmen gut: Der örtliche Winzer kann sich dann auch auf dem Weltmarkt einen Namen machen, ebenso wie auch andere mittelständische Produzenten.



## Neue Jobs

Durch TTIP können mehr hochwertige deutsche und europäische Waren in die USA verkauft werden. Dadurch können in der EU bis zu 1,3 Millionen neue Arbeitsplätze entstehen, viele davon auch in Südeuropa. Bis zu 200 000 neue Stellen könnten es alleine in Deutschland werden. Das hilft Menschen, die Arbeit suchen, in ganz Europa.

# 12 Fragen an **Eva Maria Welskop-Deffaa**

**Eva Maria Welskop-Deffaa** wurde am 27. Februar 1959 in Duisburg geboren. Die verheiratete Mutter von drei Kindern ist seit 1991 Mitglied der CDU, seit 2013 gehört sie dem CDA-Bundesvorstand an. Nach dem Studium der Volkswirtschaftslehre in München führte ihr beruflicher Werdegang über das Europäische Hochschulinstitut in Florenz nach Bonn, wo sie zuerst als Mitarbeiterin eines Bundestagsabgeordneten, später als Referentin beim Zentralkomitee der deutschen Katholiken arbeitete. Gleichzeitig war sie Mitglied des Stadtrats in Hürth und des Kreistags im Rhein-Erft-Kreis, ehrenamtlich aktiv in CDU und FrauenUnion, KDFB und Katholischer Öffentlicher Bücherei. 2006 wurde sie Leiterin der Abteilung Gleichstellung im Bundesfamilienministerium, 2013 Mitglied im Bundesvorstand der ver.di und stellv. Vorsitzende der CDA Deutschlands.

**Was war Ihr erster Berufswunsch?**

„Kinderbuchschreiberin“ – mein großes Vorbild war Astrid Lindgren.

**Nach welcher Maxime bestreiten Sie den Tag?**

Take it easy, but take it.

**Welches Lied singen Sie gerne?**

Ein großer Teil meines Lieder-Repertoires speist sich aus der „Mundorgel“, ein anderer aus der Abendliedersammlung „Nachtwandler“. Darin findet sich auch das irische Segenslied „Möge die Straße uns zusammenführen“. Es gehört zu meinen Top-Favoriten.

**Was mögen Sie an der CDU?**

Was? Es liegt mir näher zu sagen, wen ich in der CDU mag. Denn die Beheimatung in meiner Partei hat für mich vor allem mit den Menschen zu tun, mit denen ich gemeinsam Politik gestalten kann.

**In welchem Kinofilm würden Sie gerne eine Hauptrolle spielen?**

Kann man sich „Die Kinder des Monsieur Mathieu“ mit einer Frau in der Hauptrolle vorstellen? Nein? Dann probiere ich es mit „Chocolat“.

**Was ist Ihre größte Schwäche?**

Studentenfutter nach 22 Uhr...

**Welche Bücher liegen auf Ihrem Nachttisch?**

Ehrlich gesagt im Augenblick das Handbuch der gesetzlichen Rentenversicherung und die Ausgabe der gesammelten Werke von Oswald von Nell-Breuning. Die beiden Romane von Chimamanda Ngozi Adichie, die ich mir im Februar gekauft habe, sind in die Urlaubsbücherkiste gewandert...

**Was können Sie besonders gut kochen?**

Duisburger Apfelauflauf.

**Wie können Sie am Besten entspannen?**

Morgens beim Duschen, abends beim Fahrradfahren vom Büro nach Hause. Ansonsten mit viel Spaß beim Dobbekopp-Spielen und beim Schwimmen.

Bei uns in NRW 02/16

**Sie haben den ersten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung mit auf den Weg gebracht, in dem dann die „Lebensverlaufsperspektive“ eine Rolle spielt. Wo sind die größten Unterschiede im Lebensverlauf von Frauen und Männern zu erkennen?**

Unterschiede sieht man besonders deutlich in der Rente. Der Gender Pension Gap, die Lücke zwischen den Alterssicherungseinkommen von Frauen und Männern, liegt bei etwa 60 Prozent. Die Rente bildet die kumulierten Lebenslaufunterschiede von Frauen und Männern ab – die familienbedingten Erwerbsunterbrechungen, die unterschiedlichen Löhne, die holprigen Karrierepfade.

**Im ver.di-Bundesvorstand sind Sie auch für den Bereich „Migration“ zuständig. Welche Rolle spielt die Flüchtlingspolitik bei den Gewerkschaften?**

In meinem gewerkschaftlichen Arbeitsumfeld spielt die Frage nach der Integration der Flüchtlinge ins Erwerbsleben eine große Rolle – ich vertrete ver.di ja unter anderem im Verwaltungsrat der Bundesagentur für Arbeit. Gemeinsam mit den Arbeitgebervertretern fungieren wir Gewerkschafterinnen dort als Seismographen, die es BA und Politik leichter machen, die aktuellen Herausforderungen richtig einzuschätzen – bei der Verzahnung der Deutschkurse mit beruflicher Praxis, bei der konkreten Gestaltung der Vorrangprüfung, beim Kinderbetreuungsangebot für geflüchtete Frauen, die an Integrationskursen teilnehmen....

**Diskussion und Protest finden zunehmend im Netz statt. Wie gelingt es ver.di weiterhin, seine Mitglieder „auf die Straße“ zu bekommen?**

Bauern fahren mit ihren Traktoren nach Berlin, um gegen niedrige Milchpreise zu protestieren, Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen gehen auf die Straße, wenn ihre Arbeitsplätze bedroht sind oder wenn die Arbeitsbedingungen nicht stimmen. Daher hat es im letzten Jahr gleich mehrere öffentlich nicht zu übersehende ver.di-Aktionen gegeben – Streiks von Erzieherinnen, die für eine leistungsgerechte Eingruppierung gekämpft haben und Demonstrationen von Krankenschwestern gegen den Pflegenotstand. Fast 60 Jahre nach den Ford-Arbeiterinnen in Dagenham sind es heute die Frauen in den Dienstleistungsbranchen, die sich gegen die Unterbewertung ihrer Arbeit zur Wehr setzen. Sichtbar vor Rathäusern und Parlamenten – und natürlich auch auf Facebook und Twitter.

## 12 Fragen an **Dr. Andreas Hollstein**

**Dr. Andreas Hollstein** wurde am 06. Mai 1963 in Altena geboren. 1980 trat er in die CDU ein. Nach dem Abitur und dem anschließenden Wehrdienst studierte er Rechtswissenschaften in Bonn. Er arbeitete bis 1994 als Abteilungsleiter der Botschaft der Republik Litauen. Von 1995 bis 1999 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter von MdB Wolfgang Lohmann und Referent der CDU/CSU-Bundstagsfraktion. 1994 wurde er ehrenamtlicher Bürgermeister der Stadt Altena. Er ist verheiratet und Vater von vier Kindern. Seit 1999 ist er hauptamtlicher Bürgermeister der Burgstadt und wurde zuletzt 2014 mit ca. 70 Prozent im Amt bestätigt. 1999 promovierte er an der FU Hagen im Staatsrecht. Neben seinen beruflichen Tätigkeiten ist er u.a. Präsident des größten Wandervereins in NRW mit 36.000 Mitgliedern (SGV).

**Nach welcher Maxime bestreiten Sie den Tag?**  
Jeder Tag ist ein geschenkter Tag...also ran, nutze ihn!

**Welches Lied singen Sie gerne?**  
Kein Wanderlied, obwohl ich dies als Präsident des Sauerländischen Gebirgsvereins behaupten müsste! Da meine „Gesangskünste“ extrem begrenzt sind, lieber gar nicht. Hören gerne: z.B. Adele, Enya, Silbermond, Blunt

**In welchem Kinofilm würden Sie gerne eine Hauptrolle spielen?**  
Politiker sind schlechte Schauspieler. Aber wenn mir jemand den Bösewicht in James Bond anbieten würde...

**Was ist Ihre größte Schwäche?**  
Meine vier Kinder und meine Frau kennen sie gut. Ich lasse es mal bei Unruhe und Ungeduld.

**Welche Bücher liegen auf Ihrem Nachttisch?**  
P.Prange: Die Rose der Welt, Müller: Wirtschaftsmacht Indien und N.Kermani: Wer ist wir? Deutschland und seine Muslime

**Wie können Sie am Besten entspannen?**  
Mit meiner Frau bei Spaziergängen auf der Insel Texel (NL) oder in unserem Garten beim Wein. Aber auch bei handwerklichen Dingen rund ums Haus...

**Wo, wenn nicht in Nordrhein-Westfalen, würden Sie gerne leben?**  
Es gibt viele schöne Regionen. Aber Holland, Litauen oder Thüringen würden mich reizen.

**Altena hat freiwillig mehr Flüchtlinge aufgenommen. Sie sagen: „Wir schaffen das.“ Woher diese Zuversicht?**  
Wir sind ein reiches Land und können Menschen vor dem Hintergrund der Demographie gut gebrauchen. Wir müssen es

nur gut organisieren und selbst bei der Integration mitmachen. Integration ist eine Herausforderung, sie geschieht nicht von selbst.

**Wie finanzieren und organisieren Sie die Unterbringung und Integration der Flüchtlinge in Altena?**

Die finanziellen Mittel sind in NRW verglichen mit anderen Bundesländern unzureichend. Wir bringen in Altena die Menschen in Wohngruppen verteilt über die ganze Stadt unter. Wichtig ist, dass wir jeder Wohngruppe einen Kümmerer, d.h. einen ehrenamtlichen Altenaer, beiseite stellen können, der bei den Dingen des Alltags, dem Kontakt zu den Nachbarn und Behördenproblemen hilft. Von Beginn an können die Flüchtlinge an Sprachkursen teilnehmen, die unser ehrenamtliches Netzwerk mit 14 Lehrerinnen veranstaltet. Wir erfragen die berufliche Vita und versuchen, noch vor der Aufenthaltserlaubnis, mit gemeinnützigen Tätigkeiten und Maßnahmen der Berufsorientierung Brücken in den später offenstehenden Arbeitsmarkt zu bauen.

**Welche Rolle spielt das „C“ im Parteinamen für Ihre Haltung in der Flüchtlingspolitik?**

Werte sollten immer das Korsett für politisches Handeln sein. Wir haben auf europäischer und nationaler Ebene einen tollen Wirtschaftsraum gestaltet, aber den Diskurs über gemeinsame Werte vernachlässigt. Die Entscheidung zur Hilfe und das Rückgrat unserer Kanzlerin nötigt mir Respekt ab und bestätigt mich, in der richtigen Partei zu sein. Das motiviert auch vor Ort!

**Wenn Sie nicht Bürgermeister von Altena wären, was wäre Ihr Traumjob?**

Sportmanager (aber nicht die nötige Sachkenntnis), Bundeskanzler (aber hervorragend besetzt), Schriftsteller (kein Talent), Bürgermeister (mach ich gerne)! ;)

Hannelore Kraft

auf der Suche nach

„den großen Themen“

# Verzerrt



Die Journalisten der Landespressekonferenz sind am 6. April dieses Jahres Zeugen, wie Hannelore Kraft sucht. Die amtierende Ministerpräsidentin des Landes Nordrhein-Westfalen sucht nach einem Zettel. Dem Zettel. Denn auf diesem Stück Papier sollen die großen Themen der Landesregierung für das Jahr 2016 stehen. Jetzt kann

man sich fragen, ob ein einziger Zettel für die sicherlich zahlreichen Vorhaben ausreicht, die es braucht, um das bevölkerungsreichste Bundesland wieder nach vorne zu bringen. Aber dazu später mehr. Die Regierungschefin kommt in Nöte. Sie findet den Zettel nicht. Sie reiche die Themen nach – sagt sie. So sieht das aus, wenn sich

Hannelore Kraft über ein Jahr lang auf eine Landespresskonferenz vorbereiten konnte, auf der sie Fragen gestellt bekommt, deren Beantwortung eine Selbstverständlichkeit sein sollte. Verzettelt, eben.

**„Hannelore Kraft verzettelt sich bei Pressekonferenz“**

*Bild-Zeitung,  
7. April 2016*

Die Silvesterübergriffe in Köln. Das nicht vorhandene Wirtschaftswachstum in Nordrhein-Westfalen. Die Kinderarmut. Die Krise in der Stahlindustrie. Zu all diesen Dingen hätte Hannelore Kraft in ihrer Pressekonferenz einen Plan vorstellen können. Wie will sie die Aufklärung der Vorfälle in der Silvesternacht voranbringen? Was will sie tun, damit Nordrhein-Westfalen die Position als Schlusslicht beim Wirtschaftswachstum los wird? Wie wird die Landesregierung die U3-Betreuung verbessern? Es kam – nichts. Planlos eben.

Wenn das bevölkerungsreichste Bundesland das Schlusslicht aller 16 Bundesländer beim Wirtschaftswachstum ist, dann muss das Gründe haben. Wenn es nach Hannelore Kraft geht, liegen diese Gründe aber überhaupt nicht in der Landespolitik. Die Landesregierung, die die Rahmenbedingungen für Wirtschaft und Wachstum setzt, habe darauf keinen Einfluss, so Kraft. Schuld daran sind nach Behauptungen

der Landesregierung nicht etwa eigene Fehlentscheidungen. Kein Wort von Bürokratiehürden oder mangelhafter Infrastruktur, die Investoren abschrecken. Genauso wenig glaubt Kraft anscheinend daran, dass fehlendes schnelles Internet das Wirtschaftswachstum hemmen könnte. Sie nennt Gründe, die in aller Welt liegen, nur nicht in Nordrhein-Westfalen. Und weil

**„Auf der Suche nach dem verlorenen Plan“**

*General-Anzeiger Bonn,  
7. April 2016*

sie nicht weiter weiß, ruft sie permanent nach finanzieller Hilfe aus Berlin. Sie macht es sich eben zu leicht.

**„Auf der Suche nach den großen Themen“**

*WDR Online, 7. April 2016*

Übrigens: Frau Kraft findet den Zettel irgendwann. Darauf stehen folgende Themen: Landesentwicklungsplan – der die Wirtschaft ausbremst; Auswertung „Kein Kind zurücklassen“ – hinter vorgehaltener Hand werden keine Erfolgsmeldungen erwartet; Tariftreue- und Vergabegesetz – das Bürokratiemonster schlechthin; und die Entscheidung über den kleineren Braunkohletagebau „Garzweiler light“ – verlässliche Energiepolitik sieht anders aus.

Krafts Pressekonferenz zeigt gebündelt, wo das Problem für Nordrhein-Westfalen liegt. Anstatt sich um Lösungen zu bemühen, verzettelt sich Hannelore Kraft. Es scheint, als habe sie völlig aus den Augen verloren, worum es eigentlich geht: Der Plan, dieses große und großartige Land voranzubringen, steht auf keinem Zettel dieser Landesregierung. So sehr Frau Kraft auch suchen mag.

**„Kraft: Regierung trägt keine Schuld am Nullwachstum“**

*Die Glocke, 7. April 2016*

**„Kraft macht es sich zu leicht“**

*Westdeutsche Zeitung  
vom 7. April 2016*

???



*Stephanie Feck/Beate Müller-van Ijsem*



Foto im Hintergrund: Andrea Damm/pixelio.de, Foto in Lupe: Chaperon, Lupe: Shutterstock

## Löttgens Lupe

**Selbst|betrug**, der, Substantiv, maskulin. Das Nichteingestehen einer Sache vor sich selbst.

„Sie will: nichts.“ So lautete die Überschrift eines Artikels über Hannelore Kraft in der Zeitung „Die Zeit“ vom 4. Mai 2016. Vielleicht hätte der Titel, in Anspielung auf den Erfolgsroman des schwedischen Journalisten und Autors Jonas Jonasson, auch lauten können: „Die Ministerpräsidentin, die aus der Verantwortung ausstieg und verschwand.“ Es fällt schwer, zusehen zu müssen, mit welcher geradezu fahrlässigen Ignoranz die Ministerpräsidentin und ihr rot-grünes Kabinett die kritische Situation in vielen Politikbereichen klein reden oder gar bestreiten. Während Armin Laschet sofort nach Bekanntwerden des desaströsen Null-Wachstums für Nordrhein-Westfalen zu einem Wirtschafts- und Industriepfingstbrot eingeladen hatte, war für die Ministerpräsidentin „diese Zahl ein Auftrag, genau zu analysieren und gegenzusteuern.“ Was bitte haben sie und ihr Wirtschaftsminister in den vergangenen 5 Jahren stetig sinkenden Wirtschaftswachstums gemacht, wenn jetzt erst einmal „analysiert“ werden muss? Statt sich einzugestehen, dass der Politikansatz einer „präventiven Schuldenpolitik“, mit Attest versehen, als rot-grüner Schadensfall Eingang in die nordrhein-westfälische Geschichte findet, bestreitet Hannelore Kraft die offensichtlichen Defizite. Statt Verantwortung zu übernehmen, zeigt uns die Ministerpräsidentin ihre vermeintlich heile Welt in einem Videotagebuch („Vlog“ genannt), das sie seit dem 26. Januar auf YouTube zur Schau stellt. Sie filmt sich selbst und redet über ihre Probleme, statt die Probleme der Menschen in unserem Land in den Blick zu nehmen, die ihre Politik verursacht hat. Das ist Selbstbetrug in Vollendung. In der Sozialpsychologie kennt man als Folge von Diskrepanzen zwischen Selbstbild und Idealbild die „Symbolische Selbstergänzung“. In der Beschreibung dieses Phänomens heißt es: „Selbstbeschreibungen von symbolisch unvollständigen Personen enthalten in der Regel keine eingestandenen Fehler.“ und „Der Erfolg von Ersatzsymbolen ist an die soziale Kenntnisnahme gebunden, bedarf also der Bestätigung.“ Das Videotagebuch von Hannelore Kraft ist ihr Ersatzsymbol und wir sollen es gefälligst durch einen Mausklick zur Kenntnis nehmen. Mit Verlaub, Frau Ministerpräsidentin: das ist armselig! Wer, wie bei der Pressekonferenz am 6. April geschehen, nicht einmal mehr in der Lage ist, die für unser Land wichtigen Themen zu benennen, geschweige denn, wirksame Konzepte zur Bekämpfung offensichtlicher Probleme vorzustellen, hat innerlich gekündigt. Für eine solche Situation hat der Fußballtrainer Giovanni Trapattoni in seiner berühmten Pressekonferenz vom 10. März 1998 die richtigen Worte gefunden: „Ware‘ schwach wie eine Flasche leer.“ und „Ich habe fertig.“ Die zunehmend kraftlose Politik der rot-grünen Landesregierung lässt für immer mehr Menschen nur einen Schluss zu: Nicht nur die Ministerpräsidentin, sondern die gesamte rot-grüne Landesregierung „hat fertig“!

# KARLPREIS FÜR EINEN MUTMACHER EUROPAS

Papst Franziskus ist mit dem Internationalen Karlspreis zu Aachen ausgezeichnet worden. Der 1950 erstmals verliehene Preis, der stets am Christi Himmelfahrtstag verliehen wird, ist der älteste und bekannteste Preis für Verdienste um Europa und die europäische Einigung. Zu den Preisträgern gehören Gründerväter der Europäischen Gemeinschaft wie Konrad Adenauer, Alcide de Gasperi, Robert Schuman und Jean Monnet. Auch Helmut Kohl, François Mitterrand, Angela Merkel, Wolfgang Schäuble und andere wurden ausgezeichnet. Im Jahr 2004 erhielt Papst Johannes Paul II. den Außerordentlichen Karlspreis.

Der Internationale Karlspreis ist eine der renommiertesten Auszeichnungen, die in Nordrhein-Westfalen vergeben werden. Er unterstreicht, welche große Bedeutung die europäische Integration für das Land in der Mitte Europas hat, das wie kaum eine andere Region auf offene Grenzen, grenzüberschreitende Zusammenarbeit und einen funktionierenden Binnenmarkt angewiesen ist.

Als „ein kostbarer Bezugspunkt für die gesamte Menschheit“ würdigte Papst Franziskus in seiner Rede vor dem Europäischen Parlament im November 2014 die Europäische Union. Er rief die Europäer auf, mutiger zu sein und für Europa einzustehen, das „ein Protagonist ist und Träger von Wissenschaft, Kunst, Musik, menschlichen Werten und auch Träger des Glaubens“.

Anlässlich dieser besonderen Preisverleihung an Papst Franziskus hat Armin Laschet, der auch Mitglied des Karlspreis-Direktoriums ist, Gestalter der europäischen Politik

und der Kirchen sowie frühere Träger des Karlspreises gebeten, Denkanstöße zur Zukunft Europas zu geben. Das im Herder-Verlag erschienene Buch „Europa im Schicksalsjahr“ ist ein leidenschaftliches Plädoyer für mehr europäische Lösungen. Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble zeigt sich bei der Buchvorstellung am 2. Mai 2016 in Berlin zuversichtlich, dass Europa „an seinen Aufgaben wachsen und seine Krisen überwinden“ werde.



Auch Altkanzler Kohl schrieb einen Beitrag zu Europa im Schicksalsjahr. Bei einem Besuch in seinem Haus in Ludwigshafen überreichte Armin Laschet dem Ehrenbürger Europas ein druckfrisches Exemplar.

## Europa im Schicksalsjahr. Zwischenrufe zu Europa.

Herausgegeben von Armin Laschet

Mit Beiträgen von: Heinrich Bedford-Strohm, Rocco Buttiglione, Ulrich Grillo, Jean-Claude Juncker, Helmut Kohl, Annegret Kramp-Karrenbauer, Armin Laschet, Jürgen Linden, Reinhard Kardinal Marx, Angela Merkel, Federica Mogherini, Vinko Kardinal Puljic, Annette Schavan, Martin Schulz, Thomas Sternberg und Donald Tusk. Das Buch ist im April 2016 im Herder-Verlag Freiburg erschienen und auch als eBook im Buchhandel erhältlich.





**TTIP IS HOPE**